



## EUROPA VOR DER WAHL

### **POLITIK**

**SPD: Abschied  
von der Mitte**

### **WIRTSCHAFT**

**Brummis sind  
keine Melkkühe**

### **SCHWERPUNKT**

**Die richtige Versicherung  
für Chef und Betrieb**

**NEU**  
ab April 2009

# Für alle Sylt-Liebhaber!



## Das klassische Insel-Magazin

- ▶ Informativ
- ▶ Kritisch
- ▶ Unabhängig

Mit schönen Geschichten -  
hinreißenden Fotos -  
packenden Tierreportagen.

Mit einem tiefen Blick in die Töpfe  
der Sylter Sterne-Köche.

Mit Berichten über Künstler  
und Komiker,  
Prominentes und Provinzielles,  
Neues und Traditionelles.

Mit einem Extra-Freizeit-Magazin  
für die Westentasche mit Hunderten  
von Tipps für Unternehmungslustige.

**Erhältlich überall auf der Insel und in 4.000 Verkaufsstellen in Deutschland.**  
**E-Mail: [bestellung@syltmagazin.de](mailto:bestellung@syltmagazin.de) · [www.syltmagazin.de](http://www.syltmagazin.de)**



## Ich bestelle das Sylt Magazin 2009

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ: \_\_\_\_\_ Wohnort: \_\_\_\_\_

Ich lege 10,- Euro in Briefmarken bei. (Heftpreis + Versandkosten)

**Das Magazin 2009 ist  
ab Anfang April im Handel.**

Bestellen Sie Ihr  
persönliches Sylt Magazin  
zur informativen und  
stimmungsvollen Vorbereitung  
auf Ihren Sylt-Urlaub.

**Sylt Magazin**  
**Gärtnerkoppel 3**  
**24259 Westensee**

## STEUERN SENKEN – JETZT ERST RECHT

Angesichts der gewaltigen Steuerlücken, mit denen der Bundesfinanzminister jegliche Steuer-senkungsdiskussion im Keim ersticken möchte, ist es angebracht, die Zahlen zu relativieren und den Blick zu weiten, weg von dieser rein fiskalischen Sichtweise. Bei den errechneten Fehl-beträgen handelt es sich nicht um reale Steuer-ausfälle, sondern um die Differenz zwischen zwei Steuerschätzungen: Zwischen einer zu optimis-tischen vom letzten November 2008 und einer zu pessimistischen vom Mai diesen Jahres. Es kann so kommen, es muss aber nicht so kommen. Zudem hat der Bund auch jene Ausfälle mit eingerechnet, die durch die vom Bundesverfassungsgericht verfügten Änderungen bei der Pendlerpauschale und bei der Anerkennung von Vorsorgeaufwen-dungen entstehen.

Steinbrücks Argumentation gegen jede Steuersenkung ist eine Fortsetzung der Finanz- und Steuerpolitik der SPD, wie sie sich auch in deren Wahlprogramm wieder-findet: leistungshemmend, ungerecht, mittelstandsfeindlich, neidgesteuert und an-gesichts der Finanzkrise eine fatale Fehlent-wicklung. Wer, wie Steinbrück und mancher in der Union, jetzt noch rein fiskalisch denkt und handelt, begeht eine verantwortungs-lose Fehlentschätzung. Es ist ein Irrtum an-zunehmen, dass mit höheren Steuern die Einnahmen des Staates steigen. Schließlich hat unser Land schon heute international die Höchstquote bei der Belastung mit Steu-ern und Abgaben. Wer in dieser Situation für höhere Steuern eintritt, der hat den Schuss nicht gehört!

Gerade in Zeiten des Konjunkturabschwungs muss man Steuern senken statt sie zu er-höhen, denn Steuersenkung und Haus-haltsausgleich sind zwei Seiten derselben Medaille. Für diese Überzeugung sollte die Union geschlossen und offensiv eintreten und sich nicht von der SPD eine fiskalisch gefärbte Debatte aufzwingen lassen. Die Wähler der Union erwarten von CDU und CSU eine klare Positionierung als Steuersen-kungspartei, als Partei, die sich den nötigen Aufräumungsarbeiten in der Steuerpolitik stellt und die auch zu mutigen Ausgaben-kürzungen bereit ist.



MIT-Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarmann

Die große Koalition hat ihr Ziel der Sanierung des Haushalts ausschließlich durch Ein-nahmeverbesserungen verfolgt. Ausgaben-kürzungen, Steuer-gerechtigkeit und Be-steuerung nach Lei-stungsfähigkeit standen hinten an. Dass von 47 Millionen Haushalten in Deutschland die Hälfte überhaupt keine Ein-kommensteuer zahlt, hat die große Koalition nicht interessiert und sie stattdessen veran-lasst, die andere Hälfte, die steuerzahlenden Leistungsträger, noch stärker zur Kasse zu bitten. Mit dieser Politik ist sie gescheitert.

Der Mittelschicht die zum Beispiel durch die kalte Progression unberechtigt abverlang-ten Steuern zu erstatten, hat die Regierung bis heute verweigert. Die kalte Progression ist ein gigantisches Steuererhöhungspro-gramm, das dem Staat Jahr für Jahr zwischen fünf und acht Milliarden Euro einbringt. Wer also Steuererhöhungen ablehnt, der muss schnellstens diese Ungerechtigkeit beseiti-gen und der Mittelschicht die viel gezahlten Steuern erstatten.

Erinnert sei auch an die Fehlentwicklungen im Unternehmenssteuerrecht. Hier weigert sich der SPD-Finanzminister, beispielsweise die Zinsschranke, Verlustverrechnungen und die Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer zu beseitigen. Es besteht dringender Hand-lungsbedarf, um diese Investitionsbremsen zu lösen. Wer im Konjunkturabschwung unternehmerischen Aufwand und die Subs-tanz besteuert, der treibt gerade den Mittel-stand erst recht in die Krise.

Steuersenkungen lösen Wachstumsimpulse aus und sorgen für Nachfrage. Sie finanzia-ren sich letztlich selbst. Wer diesen Zusam-menhang nicht erkennt, ist ein steuerpoliti-scher Geisterfahrer. An unserem Standpunkt hat sich nichts geändert, auch nicht durch die neue Steuerschätzung: Wir müssen den Haushalt konsolidieren, und zwar endlich durch Ausgabenkürzung und steuerliche Entlastung der Leistungsträger.

Dieser Zweiklang gehört in das Wahlpro-gramm der Union, verbunden mit dem Ziel, endlich die große Koalition zu beenden und zu einem bürgerlich-marktwirtschaftlich-li-beralen Bündnis mit der FDP zu kommen.



### > Mit uns günstig fliegen

Condor überzeugt mit attraktiven Preisen und gutem Service. Ab €199 können Sie mit uns nach Amerika, in die Karibik, nach Afrika und nach Asien fliegen. Auch für Kurz- und Mittelstreckenflüge gelten niedrige Einstiegspreise ab € 59. Wir freuen uns auf Ihre Buchung!

**Nachlass bis zu  
10 %**

**Exklusive Vorteile  
für die Mitglieder  
der MIT**

Überzeugen Sie sich selbst im Virtuellen  
Kreisverband der MIT unter  
[www.mit-virtuell.de](http://www.mit-virtuell.de).

## Die Seite-4-Karikatur



NEUES STEUERMODELL

## Weisheiten

Nicht die Vermehrung der Habe ist angezeigt, sondern die Verringerung der Wünsche.

*Philosoph Epicur*

Wenn Du kaufst, was Du nicht brauchst, wirst Du bald verkaufen müssen, was Du brauchst.

*Benjamin Franklin*

Das Aufstellen des Budgets ist die Kunst, Enttäuschungen gleichmäßig zu verteilen.

*Maurice Stans*

Oft habe ich mein Reden bedauert, nie mein Schweigen.

*Publius Syrus*

Das einzige Schlimme beim Nichtstun ist, dass man nie weiß, wann man fertig ist.

*Lebensweisheit*

Zuerst verbraucht man seine Gesundheit, um zu Geld zu kommen, dann sein Geld, um die Gesundheit zurückzuholen.

*Robert Lemke*

Den Sozialisten ist Profit ein Greuel, mir dagegen ist Defizit ein Greuel.

*Winston Churchill*



## ENTFALTEN SIE STÄRKE IN ZEITEN DER KRISE: MIT WEITERBILDUNG!

**BEFLÜGELN SIE IHRE MITARBEITER UND IHR UNTERNEHMEN:** Bilden Sie weiter! Gerade jetzt haben auch kleinere und mittlere Betriebe die Möglichkeit, ihre Arbeitnehmer zu qualifizieren – und wir unterstützen Sie dabei mit neuen Fördermöglichkeiten. Damit Sie direkt durchstarten, wenn es wieder aufwärtsgeht.

Informieren Sie sich jetzt bei Ihrem persönlichen Ansprechpartner im Arbeitgeber-Service. Oder unter der bundesweiten Servicrufnummer **01801 66 44 66\*** sowie auf **[www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de)**

\*Festnetzpreis 3,9 ct/min; Mobilfunkpreise abweichend.

WEITER DURCH BILDUNG.



Bundesagentur für Arbeit

# „Bei Armut und Ungerechtigkeit hört der Spaß auf.“

Thomas Gottschalk  
Moderator

Helfen Sie!  
[www.misereor50.de](http://www.misereor50.de)



**50 MISEREOR**  
IHR HILFSWERK

Mit Zorn und Zärtlichkeit  
an der Seite der Armen



12

## POLITIK

- 3 Editorial**  
MIT-Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarmann schreibt aus seiner Sicht
- 4 Karikatur und Kurzweiliges**
- 8 Europa vor der Wahl**  
Vor der Wahl am 7. Juni bereitet den Europapolitikern das offensichtliche Desinteresse der Wahlbürger Kopfzerbrechen.
- 9 Interview mit Hans-Gert Pöttering**  
Der Präsident des Europäischen Parlaments stellt sich den Fragen des MittelstandsMagazins
- 12 Das Wahlprogramm der SPD**  
Mehr Staat sowie Umverteilung von unten nach oben heißt die Devise. Manager und Unternehmer sind das neue Feindbild der Genossen.



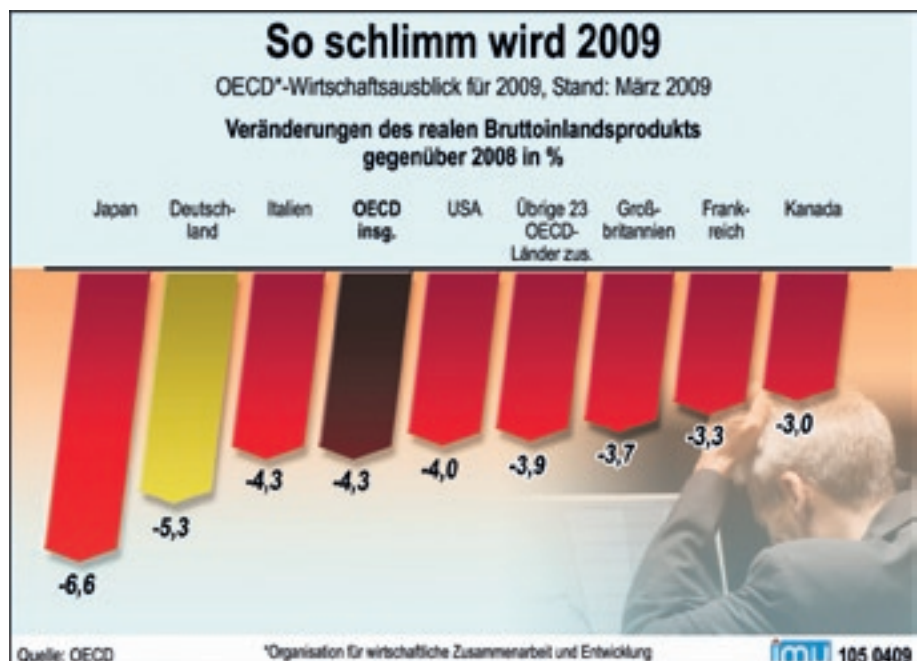
16

## 14 Auf den Punkt gebracht

58 % der Ostdeutschen sind angeblich der Meinung, das westliche System sei ihnen aufgezwungen worden. Gleichzeitig nimmt die Unzufriedenheit mit der Sozialen Marktwirtschaft zu.  
Ein Kommentar von Chefredakteur Günter F. Kohl

## WIRTSCHAFT

- 15 Ein Brummi ist keine Melkkuh**  
Das Transportgewerbe wehrt sich gegen neue Belastungen durch die Maut und andere Ursachen
- 25 Erhard-Zitate**  
Was Ludwig Erhard heute sagen würde
- 28 Mittelstandspolitik**





### Schwerpunkt-Themen

#### 16 Die richtige Versicherung für Chef und Betrieb

Die wichtigsten Risiken und wie man sie absichert. Welchem Versicherungsunternehmen kann man vertrauen?

#### 20 Reisekosten sparen in der Krise

Bei Betriebsprüfungen widmet sich das Finanzamt gern den Reisekosten und Bewirtschaftungsabrechnungen mit besonderem Interesse

## UNTERNEHMEN

---

#### 23 Betriebliche Altersvorsorge

Eine gute Sache für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Sie schafft dem Arbeitnehmer ein Polster für später und bindet ihn ans Unternehmen.

## MIT-INSIDE

---

#### 29 MIT- und MU-Inside

Berichte aus den Regionalverbänden

#### 31 Namen sind Nachrichten

#### 32 MIT-Inside

#### 34 Baustelle Berlin

## SERVICE

---

#### 25 Recht im Gespräch

#### 26 Aktuelle Urteile

#### 27 Bücher – für Sie gelesen

#### 22 Service-Ärger



Vielfalt braucht  
Freiheit.

Eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft ist dem friedlichen Ausgleich von Interessen verpflichtet. Das schafft die Grundlage für die individuelle Entfaltung des Einzelnen und den langfristigen Erfolg des Ganzen. Darum setzt sich der VdR für Selbstbestimmung und gegen staatliche Überregulierung privater Belange ein. Denn Verbraucher sollen sich auch in Zukunft für einen verantwortungsvollen Umgang mit traditionsreichen Tabakprodukten entscheiden können.

Mehr Informationen zum VdR unter:  
[www.verband-rauchtabak.de](http://www.verband-rauchtabak.de)

TabakKultur.  
Made in Germany.



# 7. Juni:

## Deutschland braucht Europa

Am 7. Juni findet die Wahl zum Europäischen Parlament das siebte Mal statt. Zum ersten Mal nehmen Bürgerinnen und Bürger aus 27 EU-Mitgliedsstaaten teil. Insgesamt rund 375 Millionen EU-Bürger sind zur Wahl aufgerufen, darunter alle Deutschen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Auch EU-Bürger, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, aber in Deutschland wohnen, dürfen an der Wahl teilnehmen. Gewählt wird das größte multinationale Parlament der Welt. Seine 785 Abgeordneten vertreten rund 490 Millionen Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Europäischen Union.

MIT-Mitglied Werner Langen, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, sagt auf die Frage, warum Deutschland Europa braucht: „60 Jahre Frieden in Freiheit und Wohlstand, freies Reisen, eine gemeinsame Währung, mehr Arbeitsplätze, besserer Umwelt- und Verbraucherschutz, die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas – viele dieser europäischen Erfolge werden als selbstverständlich angesehen. In Zeiten der Globalisierung gibt Europa den Menschen Sicherheit und Orientierung. Die aktuelle Krise auf den internationalen Finanzmärkten hat gezeigt, dass der Euro und ein koordiniertes Vorgehen in Europa zur Stabilisierung der Märkte und zur Verlässlichkeit unter den Partnern beigetragen haben. Gerade Deutschland profitiert mehr als alle anderen Staaten von der fortschreitenden europäischen Einigung.“

Große Sorge bereitet den Europapolitikern die allgemeine Wahlmüdigkeit – nicht nur in Deutschland. 38 Prozent der Deutschen zeigten zuletzt Interesse an der Wahl, im EU-Durchschnitt sind es sogar nur 28 Prozent. In deutlichem Kontrast zu diesen Zahlen steht die Bedeutung, die gerade die Deutschen der EU bei der Lösung globaler Fragen beimessen. 61 Prozent gaben an, dass sie sich durch die EU vor den Folgen der Wirtschaftskrise besser geschützt fühlen als durch die nationale Politik.

G.K.



## DAS INTERVIEW

# Europa muss in Zeiten der Krise eng zusammenarbeiten

Exklusiv-Interview mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering



*Angesichts der Finanzkrise scheint das Fundament der Wertegemeinschaft Europa in den Hintergrund zu treten?*

**Hans-Gert Pöttering:** Das gemeinsame Fundament ist in Zeiten der Krise wichtiger geworden denn je. Dieses Fundament aus Werten, die wir teilen, und einer gemeinsamen Lebensauffassung ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Europa als politische Einheit handlungsfähig sein kann. Die tief greifenden Störungen der globalen Finanzmärkte sind zu einer weltweiten Herausforderung geworden. Das gilt auch für die Europäische Union. Dies verlangt nach gemeinsamen europäischen Lösungen, einer Politik der Stärke, der Verantwortlichkeit und der Stabilität. Europa muss in der Zeit der Krise eng zusammenarbeiten, nur so können die wirtschaftlichen Turbulenzen bewältigt werden. Es darf keinen Rückfall in Protektionismus oder gar Nationalismus geben, denn dies würde den europäischen Binnenmarkt beeinträchtigen oder gar zerstören. Wir müssen gemeinsam auf

europäischer Ebene handeln, um weiter stark zu sein.

*Welche Hilfe kann Europa Ländern gewähren, die vor dem Staatsbankrott stehen oder gar einen Austritt aus der EU nicht mehr ausschließen wollen?*

**Pöttering:** Der Notfallfonds für Länder, die am Rande des Staatsbankrotts stehen, wird von 25 Milliarden Euro auf 50 Milliarden Euro erhöht werden. Die Kreditpakete vom Internationalen Währungsfonds, von der Europäischen Union und der Weltbank sollen dazu dienen, die nationalen Finanzsysteme und die Währung zu stabilisieren sowie die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Mit zinsgünstigen Darlehen von der Europäischen Investitionsbank (EIB) soll insbesondere der Mittelstand unterstützt sowie mit einem Fünf-Milliarden-Euro-Programm sollen darüber hinaus vor allem Energieprojekte finanziert werden. Außerdem ist geplant, einigen Mitgliedsstaaten einen Aufschub im Hinblick auf den Defizitabbau zu gewähren, um ihnen Zeit zu geben, ihre übermäßigen Haushaltsdefizite wieder unter die Höchstmarken von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu drücken.

*Wie bewerten Sie den Austritt der britischen Konservativen aus dem EVP-Verbund?*

**Pöttering:** Wir haben diesen beabsichtigten Weggang mit Bedauern zur Kenntnis genommen. In den vergangenen Jahren der Zusammenarbeit mit den britischen Konservativen konnten wir gemeinsam viel erreichen. Auch

wenn es manchmal unterschiedliche Interessen gab, so gab es auch viele inhaltliche Übereinstimmungen. Das Problem sind weniger unsere britischen Kollegen in der Fraktion als die Führung in London.

*Wird dieser Austritt die EVP-Fraktion nachhaltig schwächen?*

**Pöttering:** Ich gehe nicht davon aus, dass die Entscheidung der britischen Konservativen, die EVP-ED-Fraktion mit den Europawahlen zu verlassen, unsere Fraktion tatsächlich schwächen wird. Ich bin zuversichtlich, dass die EVP wieder die größte Fraktion stellen wird.

*Wo liegen die wesentlichen Unterschiede zwischen der SPD und der Union in europapolitischen Fragen in Deutschland?*

**Pöttering:** Die Festigung der Identität und der Institutionen der Europäischen Union haben für uns Vorrang vor weiteren EU-Beitritten. Deshalb treten wir für eine Konsolidierungsphase im EU-Erweiterungsprozess ein. Die SPD sieht dies anders. Gerade im Hinblick auf den Beitritt der Türkei vertreten wir unterschiedliche Meinungen: Die SPD ist für einen Beitritt, wir hingegen halten eine Privilegierte Partnerschaft der Europäischen Union mit der Türkei für die richtige Lösung. Außerdem sind wir der Auffassung, dass die beste Voraussetzung für Wohlstand, Wachstum und soziale Sicherheit in Deutschland eine starke Europäische Union ist. Gemeinsame soziale Mindeststandards sind deshalb unerlässlich. Im Gegensatz zur SPD lehnen wir allerdings eine Harmonisierung der Sozialpolitik ab.

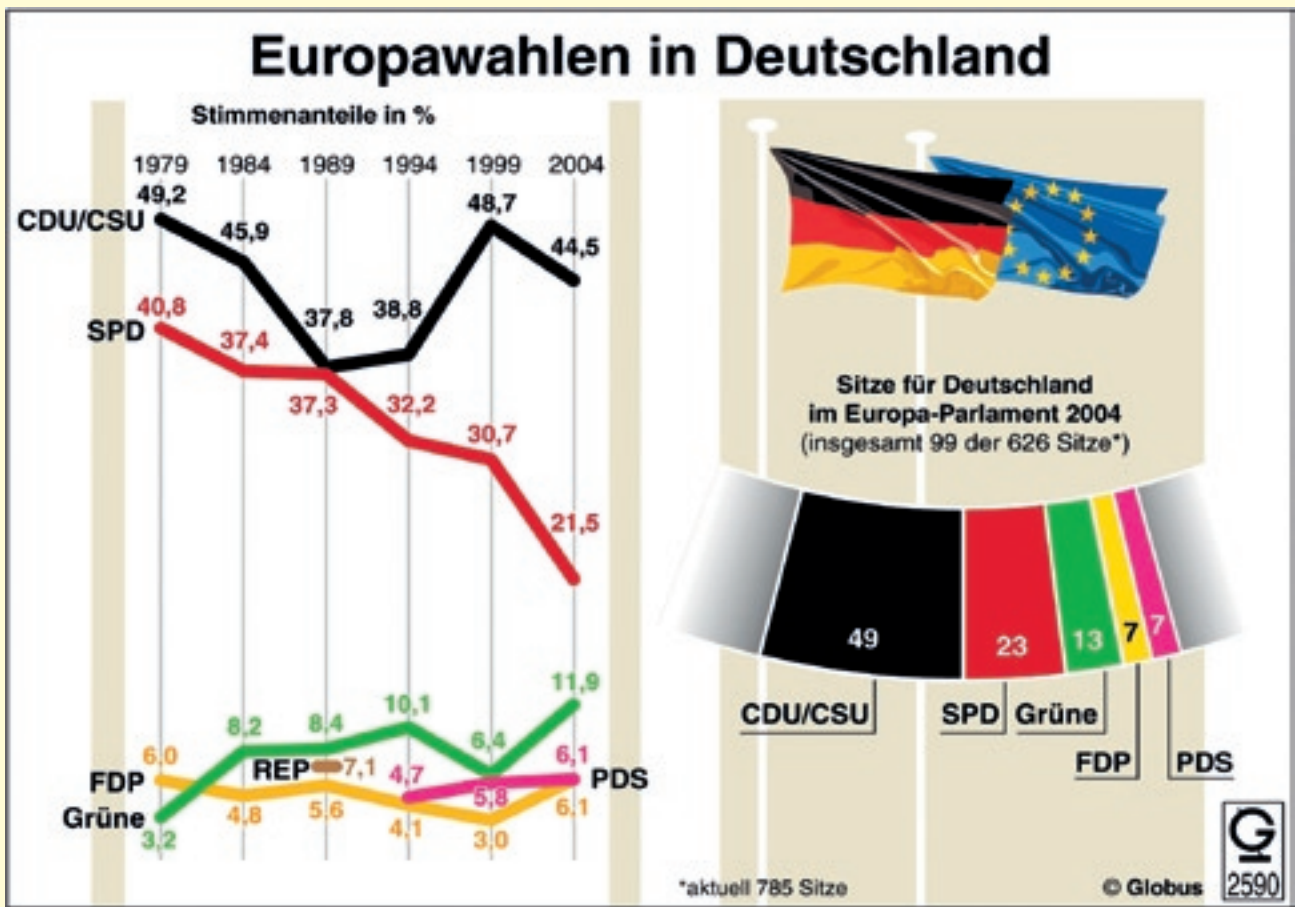
*Worum geht es für den deutschen Mittelstand bei der Europawahl am 7. Juni?*

**Pöttering:** Wir müssen gerade dem Mittelstand über die Krise hinweghelfen und alle Instrumente anwenden, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Bei der Förderung des Mittelstandes geht es in Zukunft nicht um Subventionen, sondern um steuerliche und bürokratische Entlastung. Für viele mittelständische Betriebe ist die Bürokratie das größte wirtschaftliche Hemmnis. Geplant sind deshalb insbesondere Maßnahmen zum Bürokratieabbau. Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten müssen wir den Mittelstand als stabilisierenden Faktor stärken. Wenn wir dies durch europäische und nationale Rahmenbedingungen erreichen, dann können auch Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Daher gehören gerade die kleinen und mittleren Betriebe in den Mittelpunkt unserer wirtschaftspolitischen Überlegungen. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen wir uns auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft besinnen.

*Die Fragen stellte Günter F. Kohl*

**PROF. DR. HANS-GERT PÖTTERING**

... ist 63 Jahre alt, Jurist und stammt aus Niedersachsen. Seit Januar 2007 ist das MIT-Mitglied Präsident des Europäischen Parlaments, dem er seit 1979 angehört. Pöttering ist Spitzenkandidat der CDU für die Europawahl am 7. Juni 2009.



# Der Kopf soll klar sein!



**Kein Alkohol in Spielstätten!** Der Ausschank von Alkohol in gewerblichen Spielstätten wurde **bereits 1985** auf Betreiben der Unterhaltungsautomatenwirtschaft gesetzlich untersagt. Spielgäste sollen stets einen „klaren Kopf“ beim Spiel behalten.

In Spielbanken und deren Automaten Sälen ist der Genuss von Alkohol dagegen erlaubt. Infolge des Alkohols möglicherweise entstehende Kontrollverluste werden in Kauf genommen. In kurzer Zeit können durch Vermögensverschiebungen „Haus und Hof“ verloren werden.

---

**Eine Information der deutschen Unterhaltungsautomatenwirtschaft.**



Verband der Deutschen  
Automatenindustrie e. V.



Deutscher Automaten-  
Großhandels-Verband e. V.



Bundesverband  
Automatenunternehmer e. V.



FORUM für Automatenunter-  
nehmer in Europa e. V.



AWI Automaten-  
Wirtschaftsverbände-Info GmbH



Foto: dpa/picture alliance

Sie kehren der Agenda-Politik von Gerhard Schröder endgültig den Rücken: **Steinmeier und Müntefering.**

**Das Wahlprogramm der SPD ist mit tieferer Tinte geschrieben. Mehr Staat sowie Umverteilung von oben nach unten heißt die Devise. Manager und Unternehmer sind das neue Feindbild der Genossen.**

„Wir werden die Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.“ – Das war der Kernsatz der Regierungserklärung Gerhard Schröders, mit der er im Jahr 2003 seine „Agenda 2010“ vorstellte. Wort für Wort entworfen hatte dieses rot-grüne Reformkonzept sein Amtsleiter Frank-Walter Steinmeier, gemeinsam mit Fraktionschef Franz Müntefering. Sechs Jahre, vier Parteivorsitzende und eine große Koalition später klingt die Welt der Sozialdemokraten ganz anders: „Wir wollen Soziale Demokratie. Und das heißt auch: Sozialstaat. (...) Wir wissen, dass manche Hilfe brauchen. Wir lassen niemanden allein.“ – So und ähnlich lauten nun die Schlüsselbotschaften im Mitte April mit viel Pomp vorgestellten Wahlprogramm. Die SPD hat ihrem Kanzlerkandidaten ein Pamphlet unter den Arm geklemmt, das mit der tieferen Tinte der Partei-

linken geschrieben wurde. Damit haben sich die Genossen in einer 180-Grad-Wende endgültig von jener Mitte verabschiedet, die sie 1998 in die Ämter hob und die ihnen 2005 die volle Gefolgschaft schon wieder versagte.

### Linksschwenk

Das linksgeschwenkte Angebot, mit dem das Wahlvolk diesen September zurückerobert werden soll, liest sich wie ein auf 60 Seiten aufgeblähtes 1.-Mai-Manifest des IG-Metall-Unterbezirks Gelsenkirchen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise wird kurzerhand zur epochalen Wende und zum Beweis des Scheiterns eines angeblich „marktradikalen Zeitalters“ stilisiert. Und daraus wird geschlussfolgert: Deutschland müsse menschlicher und gerechter, die Gesellschaft solidarischer gemacht sowie Verteilungsfragen neu gestellt werden. Was von der Agenda-Politik die große Koalition überlebte, wird spätestens jetzt eingesammelt. Man reibt sich verwundert die Augen: Stellt nicht die SPD – einst als Senior-, nun als Juniorpartner – seit mehr als einer Dekade ununterbrochen die Bundesminister für Arbeit, Finanzen und

Soziales? Deren Gesetze und Entscheidungen, von der Zulassung von Leerkäufen an deutschen Börsen bis hin zur Rente mit 67, fallen jetzt scheinbar dem Kurzzeitgedächtnis ebenso anheim, wie die Ära Schröder insgesamt.

### Es lebe die Staatswirtschaft

Wie ein zusammengeschütteter Zitatenschatz Brandts und Schmidts klingen die Rezepturen. Da ist plötzlich wieder von Bildung für alle die Rede, selbstverständlich kostenlos von der Kita über den Schulabrecher und Langzeitstudenten bis zum Beschäftigten. Das Bafög wird ausgebaut, Studiengebühren eine Absage erteilt und auf jedes Arbeitszeitkonto fließt schnell mal eine Weiterbildungsgutschrift des Steuerzahlers. Der allmächtige Staat ist der Gewinner der Krise. Die Sozialbindung des Eigentums die Begründung. Mit „aktiver Konjunktur-“ und „ökologischer Industriepolitik“ will man die Wirtschaft kommandieren, unmündige Verbraucher bevormunden, naive Arbeitnehmer schützen und so die tiefe Rezession überwinden.

Deshalb gibt's Mindestlöhne und die Bürgerzwangsversicherung für alle, einen Schuttschirm für jeden Arbeitsplatz, reichlich neue Förderprogramme mit Rechtsanspruch, weniger Feinstaub, aber mehr Schallschutz und die umfassende Lebensmittelampel für Fettleibige genauso wie für Gentechnikverweigerer. Wie wenig dieses inkonsistente Potpourri tatsächlich zusammenpasst, zeigt ein exemplarischer Blick auf die energiepolitischen Vorstellungen der Sozialdemokratie: Deutschland soll unabhängig von Ölimporten werden, die Hälfte des Stroms dann aus Windmühlen und Solarzellen kommen sowie durch teilverstaatlichte Netze fließen. Treibhausgasimmissionen will man um 40 Prozent reduzieren und die Energieproduktivität verdoppeln. Wehe, wenn das nicht klappt! Dann drohen Gebäudezwangspässe, Strafsteuern sowie betriebliches Energiemanagement per Ordre de Mufti. Und bei 1.000 ha Flächenverbrauch pro Tag ist Schluss mit lustig, sonst kommt der interkommunale Zertifikatshandel um Gemeindegrundstücke. Die Kernkraftwerke werden natürlich abgeschaltet, aber der Steinkohlebergbau darf keinesfalls wie geplant auslaufen, schließlich sollen die verbliebenen Kumpel wieder SPD wählen. Würde dies Wirklich-

keit, gingen hierzulande schlicht die Lichter aus. Es lebe die schuldenfinanzierte Staatswirtschaft!

### Feindbild Unternehmer

Seit die einstigen Stammwähler die Partei für die Schröder'sche Reformpolitik abstrafen, verlegt man sich zudem auf das Schaffen von tumben Feindbildern. Schon lange wütet Franz Müntefering über den Raubtierkapitalismus. Der bibelfeste Katholik machte 2004 Hedgefondsmanager zu Heuschrecken, eine der teuflischen Plagen. Nun plakatiert er zur Europawahl zähnefleischende Finanzhaie. Auch das Unternehmerbild seiner Genossen spricht Bände: Handwerker werden da gerade noch geduldet, „Solo-Selbstständige“ müssen schon vor sich selbst gerettet und in der gesetzlichen Rente zwangsversichert werden. Aktiengesellschaften traut man gar nicht mehr. Sie werden demnächst per Gesetz auf's Gemeinwohl verpflichtet und ihre Neueigentümer vorsorglich temporär enteignet. Wer Wertpapiere über 1.000 Euro zeichnet, gilt als profitverliebter Turbokapitalist und erhält deshalb erst nach zwölf Monaten volles Stimmrecht auf der Hauptversammlung seines Unternehmens, muss aber künftig zuvor die neue Börsenumsatzsteuer zahlen. Manager sind per se gierig, Arbeitgeber wieder Ausbeuter. Deshalb werden der Betriebsrat aufgerüstet und die Mitbestimmung ausgeweitet. Geschlechterdiskriminierung kontrolliert dann eine staatliche Stelle, Aufträge der öffentlichen Hand erhält nur, wer DGB-Tarife zahlt. Praktika werden verrechtlicht, die Zeitarbeit begrenzt. Denunzianten in der Firma (neudeutsch „Whistle-Blower“) bekommen Kündigungsschutz und alle Beschäftigten zehn Tage bezahlten Pflegeurlaub sowie geförderte Altersteilzeit.

### Abschied von der Mitte

Wie sehr sich die Sozialdemokraten von der gesellschaftlichen Mittelschicht verabschiedet haben, offenbaren ihre steuerpolitischen Vorschläge. Deren Ziel ist platte Umverteilung von oben nach unten. Der Eingangssatz sinkt ein wenig und die angehobene Reichensteuer würde künftig bereits ab einem Jahreslöhrlöh von 125.000 Euro greifen. Für die vergessenen Normalverdiener verstärkt der steile SPD-Tarif hingegen die kalte Progression. Und die Wirkung des 300-Euro-Lohnsteuerbonus für all jene, die per Postkarte auf ihre Einkommensteuererklärung verzichten, vergleichen Experten mit der Abwrackprämie: teure Augenwischerei ohne Sinn und Verstand. Das Urteil des Bundes der Steuerzahler ist eindeutig. Die Pläne zur Einkommensteuerreform bezeichnet man dort als völlig konzeptloses Sammelsurium von Einzelmaßnahmen. Ein kluger Kolumnist sinnierte jüngst: Es wäre wohl das Beste, man könnte die gesamte SPD als außergewöhnliche Belastung von der Steuer absetzen.

mgm

## „Sozial und Demokratisch“ – wirtschaftsrelevante Eckpunkte im Entwurf des Regierungsprogramms der SPD für die Bundestagswahl am 27.9.2009

### Wirtschaftspolitik

- „Eigentum verpflichtet“
- „Aktive Konjunkturpolitik“: Der Staat soll mit einer antizyklischen Finanzpolitik durch zusätzliche Ausgaben in Abschwungphasen private Nachfrage stimulieren.
- „Strategische und ökologische Industriepolitik“: Mit dirigistischen und interventionistischen Maßnahmen soll in Produktion, Produkte und Märkte eingegriffen werden, beispielsweise durch einseitige Fokussierung auf Klima- und Umwelttechnologien, Verschärfungen der Grenzwerte bei Feinstaub, Schallschutz oder Lebensmittelkennzeichnung.
- Mittelstand: Tariftreuepflicht bei öffentlicher Auftragsvergabe, gleiche Entlohnung von Männern und Frauen
- Gebührenfreiheit für Kindertagesstätten, Ablehnung von Studiengebühren
- Verschärfung des Verbraucherdatenschutzes

### Arbeitsmarkt

- „Gute Arbeit sichern“
- „Schutzschirm für Arbeitsplätze“: Ausbau der arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen in der Wirtschafts- und Finanzkrise.
- Regulierung der Zeitarbeit u.a. durch Begrenzung konzerninterner Verleihung und „equal pay“-Gebot nach kurzer Einarbeitungszeit
- Stärkere Verrechtlichung von Praktika
- Branchenmindestlöhne oder staatlich verordnete Mindestarbeitsbedingungen in möglichst vielen Sektoren
- Allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro, der durch eine Mindestlohnkommission festgelegt wird
- Zuschüsse für Niedrigeinkommensbezieher mit Kindern („Bonus für Arbeit“)
- Staatliche Stelle zur Überwachung möglicher Geschlechterdiskriminierung bei der Entlohnung und Ausbau der Betriebsratsrechte zur Kontrolle von Entgeltgleichheit

### Energie und Umwelt

- Deutschland soll mittelfristig unabhängig von Ölimporten werden
- Erneuerbare Energien: 2030 soll aus ihnen die Hälfte der Stromerzeugung kommen, der Wärmeanteil soll auf 20 Prozent steigen; weitere finanzielle Förderung
- Die Treibhausgasemissionen sollen bis 2020 gegenüber 1990 um mindestens 40 Prozent reduziert werden
- Teilverstaatlichung der Energienetze und stärkere Regulierung der Energiewirtschaft
- Energieeinsparoffensive: Ökosteuerer-

leichterungen nur bei Einführung betrieblicher Energiemanagementsysteme, Verdopplung der Energieproduktivität bis 2020 gegenüber 1990 durch steuerrechtliche Investitionsanreize. Einnahmen aus dem Emissionshandel (Zertifikateversteigerung) werden ausschließlich für Klima- und Umweltschutzmaßnahmen verwandt.

### Unternehmen

- Unternehmen: aktienrechtliche Verpflichtung von Kapitalgesellschaften auf die Interessen der Beschäftigten und das Gemeinwohl, volles Stimmrecht für Neuaktionäre erst nach einer einjährigen Haltefrist, Berichtssysteme von Unternehmen über Leistungen im Bereich Klimaschutz, soziale Verantwortung und Managementqualität (CSR-Reporting), verpflichtende Teilnahme an einem Human-Potential-Index, um die Qualität der Arbeitsplätze vergleichbar zu machen. „Gute Arbeit“ soll auch Bewertungsmaßstab von Rating-Agenturen werden.
- Langzeitkonten für Arbeitnehmer mit öffentlich finanziertem Qualifizierungsguthaben
- Förderung des betrieblichen Gesundheitsmanagements
- Ausbau der Mitbestimmung u.a. bei Zeitarbeit und auf europäischer Ebene, Erweiterung der Beteiligungsrechte des Betriebsrates

### Steuern

- Berücksichtigung sozialer und umweltpolitischer Aspekte bei der Entfernungspauschale
- Einführung eines Bildungszuschlags auf hohe Einkommen
- 300 Euro Lohnsteuerbonus bei Verzicht auf eine Einkommensteuererklärung
- Absenkung des Eingangssatzes auf 10 Prozent, Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 47 Prozent bereits ab 125.000 Euro (Ledige)
- Einführung einer Börsenumsatzsteuer von 0,5 bis 1,5 Prozent des Kurswertes für Wertpapiergeschäfte ab 1.000 Euro

### Sozialsysteme

- „Bürgersozialversicherung als Leitprinzip“: Einbeziehung von Privatversicherten in die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung sowie aller Erwerbstätigen in die Renten- und Arbeitslosenversicherung
- Arbeitslosenversicherung: Ausweitung versicherungsfremder Leistungen, Aufstockung der Arbeitsvermittlung, Ausbau des Kommunal-Kombi, geförderte Beschäftigung für Langzeitarbeitslose über 60 Jahren
- Versicherungspflicht für Solo-Selbstständige
- Stärkung der Künstlersozialversicherung



## AUF DEN PUNKT GEBRACHT

### Von der Unzufriedenheit mit dem „System“

**„Den DDR-Bürgern ist das westliche System ohne sie zu fragen aufgezwungen worden.“**

Diesem Satz stimmen 58 der repräsentativ befragten Bewohner der neuen Bundesländer zu. Jeder zweite wünscht sich Errungenschaften der DDR zurück, und fast 40 Prozent der Menschen im Osten würden dem Sozialismus noch eine Chance geben. In der Abwägung zwischen individueller Freiheit und Eigenverantwortung auf der einen und gesellschaftlicher Solidarität und Gleichheit auf der anderen Seite steht das Verhältnis im Osten bei 30 zu 62. Also 62 Prozent geben Solidarität und Gleichheit den Vorzug vor Freiheit und Eigenverantwortung. Im Westen liegt das Verhältnis annähernd gleich bei 46 zu 48.

Das lässt für die kommenden Wahlen Schlimmes befürchten. Nicht, weil Parteien, die Begriffe wie Freiheit, Eigenverantwortung, Prosperität mit einer Gegnerschaft zum Sozialismus verbinden, wohl im Osten unter die Räder kommen werden. Nein, vor allem, weil dies Rattenfängern von links und rechts gute Ansatzpunkte bietet. Denn zusätzlich sind Ostdeutsche mehrheitlich mit der Rechtsordnung unzufrieden, sind für härtere Strafen statt Resozialisierung und Therapie und entscheiden sich mit 55 Prozent für Ordnung und Sicherheit auf Kosten von mehr Bürgerrechten (36 Prozent).

Leider ist die Liste der Unzufriedenheit noch ein Stück länger: Fast die Hälfte der Ostdeutschen ist mit der Sozialen Marktwirtschaft unzufrieden. Sie beurteilen den freien Wettbewerb skeptisch und wünschen

sich mehr Absicherung. Auch mit der sozialen Ordnung haben Ostdeutsche Probleme: 54 Prozent sind unzufrieden und kritisieren das Steuersystem, die Bildungschancen und die Belastungen künftiger Generationen durch den Sozialstaat.

Was sind die Fehler, die 20 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung die 15 Millionen Menschen in den neuen Bundesländern zu solch fatalen Einschätzungen veranlassen? Was haben die Politiker von CDU, SPD, FDP und Grünen falsch gemacht, die es offenbar nicht vermocht haben, ihren ostdeutschen Landsleuten Demokratie und Marktwirtschaft zu vermitteln? Durch persönliche Integrität, durch überzeugende politische Ansätze, durch Bürgernähe und Dialog. Wo liegen die offensichtlichen Versäumnisse der Westdeutschen, die mehrheitlich in der Bundespolitik Verantwortung tragen und trugen? Warum trauen die Ostdeutschen nicht einmal jenen Bundespolitikern, bis hin zur Kanzlerin, die aus ihren eigenen Reihen stammen?

Fragen, die niemand schlüssig zu beantworten weiß. Die Studie „Deutscher Wertemonitor“, erstellt von dimap für die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung, hat sie aufgeworfen und die Antworten auf einer repräsentativen Basis erfasst.

Zugegeben: Bei oberflächlicher Betrachtung könnte man gegenwärtig an der Sozialen Marktwirtschaft zweifeln. Doch deren Verknorpelungen, Überwucherungen und Beschnitte stammen noch aus der Zeit von Rot-Grün und sind in der großen Koalition nicht gerade weniger geworden. Erhards Soziale Marktwirtschaft ist nicht mehr

das, was sie einmal war, und sie kann durch die vielen manipulativen Eingriffe, die die Politik bis heute an ihr vornimmt, auch nicht leisten, was sie kann. Im Osten jedenfalls hat man ihr die einstige Strahlkraft genommen.

So wird das Ergebnis dieser Studie das Verhältnis zwischen West und Ost nicht gerade harmonisieren und stattdessen im Zuge der zu befürchtenden Wahlergebnisse in den neuen Ländern den Ruf zur Abschaffung des „Soli“ noch lauter werden lassen. Auf beiden Seiten ist viel Emotion im Spiel. Die einen sehen sich vom Westen rücksichtslos annektiert, die anderen vom Osten undankbar verschmäht. Das eine stimmt so wenig wie das andere.

Tragisch ist allerdings, dass eine Werte- und Wirtschaftsordnung durch das Wahlverhalten der Ostdeutschen gesamtdeutsch in Gefahr gerät, die es erst ermöglicht hat, das DDR-System von Unfreiheit und Gewaltherrschaft zu überwinden. Das hat sich doch die überwiegende Mehrheit der DDR-Bürger immer gewünscht. Oder stimmt das mittlerweile auch nicht mehr?



Chefredakteur des MittelstandsMagazins

# Ein Brummi ist keine Melkkuh

DAS TRANSPORTGEWERBE WEHRT SICH GEGEN NEUE BELASTUNGEN

**Die Staffelung der Mautsätze nach Emissionsklassen hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass alte Lkw mit ihrem hohen Ausstoß an Feinstaub und anderen Schadstoffen weitgehend von den Autobahnen verschwunden sind. Mit der jüngsten Mauterhöhung schießt der Staat jedoch übers Ziel hinaus. Sie stürzt viele Spediteure in eine Existenzkrise.**

Die Geschichte der Lkw-Maut liest sich nicht gerade wie eine Erfolgsstory. So sind nach ihrer Einführung die Investitionen des Bundes in die Verkehrsinfrastruktur zurückgegangen, versprochen wurde ursprünglich das Gegenteil. Überdies sollte das deutsche Transportgewerbe für die zusätzliche Belastung einen Ausgleich erhalten – geschehen ist bisher fast nichts.

## Maut gut für die Umwelt

Aus ökologischer Sicht kann man der Maut jedoch Positives abgewinnen. Die Spreizung der Mautsätze nach Schadstoffklassen – 2008 reichte die Spanne von 11,0 bis 15,5 Cent je Kilometer – hat sich für die Umwelt bezahlt gemacht (siehe Grafik). So waren im vergangenen Jahr viel weniger Stinker unterwegs als früher. Der Anteil der schadstoffintensivsten Lkw (Euro-0- und Euro-1-Norm) an der gesamten mautpflichtigen Fahrleistung betrug

2008 nur ein Prozent. Zusammen mit den nach Euro 2 zugelassenen Brummis waren es zehn Prozent. Demgegenüber wurde die Hälfte der mautpflichtigen Fahrleistung mit Fahrzeugen der Klasse Euro 3 erbracht – ihr Schadstoffausstoß liegt je Kilometer gut 50 Prozent unter dem der Vorgängermodelle.

Doch auch das Zeitalter der Euro-3-Brummis scheint zu Ende zu gehen. Ihre Fahrleistung verringerte sich 2008 um knapp 20 Prozent. Offenbar hat das Transportgewerbe in den vergangenen zwei Jahren massiv in noch umweltfreundlichere Fahrzeuge investiert. Denn die Fahrleistung der Euro-5-Fahrzeuge ist um stolze 87 Prozent gestiegen. Ein Lkw der Klasse Euro 5 stößt immerhin 95 Prozent weniger Feinstaub aus als ein Brummi, der den Euro-1-Standard erfüllt. Bei den Stickoxiden beträgt die Reduktion 75 Prozent.

## Brummiflotte ausgebremst

Was gleichsam ein Investitionsprogramm für eine schadstoffarme Brummiflotte war, fand jetzt schlagartig sein Ende. Im Januar lagen die Lkw-Neuzulassungen hierzulande 29 Prozent unter dem Vorjahreswert. Bei schweren Nutzfahrzeugen verzeichnen einige Hersteller inzwischen sogar mehr Stornierungen als Bestellungen. Die Vollbremsung hat vor allem zwei Ursachen:

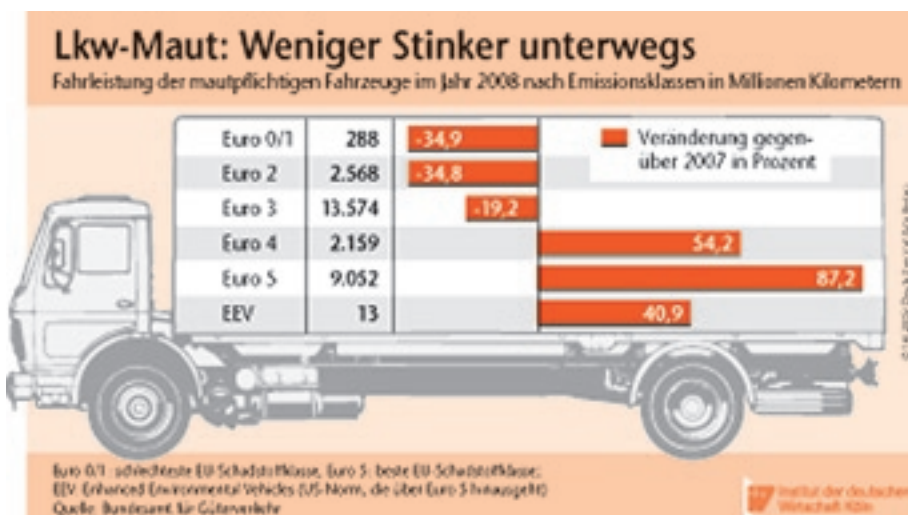
### 1. Konjunkturkrise.

Die Auftragslage der Speditionen hat sich enorm verschlechtert. Nach Brancheninformationen müssen 10 bis 30 Prozent der Transportkapazitäten stillgelegt werden, was einem Verlust von gut 40.000 Arbeitsplätzen entspricht.

### 2. Erhöhte Lkw-Maut.

Seit Anfang 2009 sind für den durchschnittlichen Lastwagen bei gleicher Fahrleistung 57 Prozent mehr Maut fällig. Auch für Lkw der besten Schadstoffklasse muss an den Mautstationen 41 Prozent mehr abgedrückt werden als im Vorjahr. Diesen extra Kostenschub schultern die Transporteure, denn die Auftraggeber sind derzeit kaum bereit, die Mehrkosten zu tragen. So sind die Frachtraten im ersten Quartal 2009 wegen der Mauterhöhung um 2,5 Prozent gefallen. Für neue Fahrzeuge bleibt kein Geld. Die Erhöhung der Maut sollte von daher zumindest ausgesetzt werden. Neues Ungemach droht der Branche aus Brüssel. Die EU möchte die Mautabgaben für schwere Lkw weiter anheben. Ihr Argument: Die Spediteure würden längst nicht für alle Umweltkosten zur Kasse gebeten, die ihre Brummis verursachen – z. B. Lärm und Staus. Dabei zahlen gerade Speditionen in Form von Zeitverlust einen hohen Preis für die verstopften Straßen. Sollten die Pläne dennoch voll umgesetzt werden, könnten die Mautsätze selbst für modernste Lkw auf manchen Strecken um 500 Prozent steigen.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft



Über große Unternehmen spannt sie milliardenschwere Rettungsschirme, aber Tausende von deutschen Transportunternehmen lässt sie mit ihrer Erhöhung der Lkw-Maut gegen die Wand fahren. Wenn das nicht scheiternd ist, sind es die Steuerzahler, die die Kosten tragen. www.bgl.de

Mit einem provokanten Plakat auf zahlreichen Lkw protestiert der Bundesverband Güterfachverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL) gegen die Kostenbelastung.

**„Schaden macht klug“ lautet die alte Volksweisheit. Und in der Tat „befassen sich die meisten Mittelständler erst mit dem Schutz ihres Betriebs, nachdem etwas passiert ist“, sagt Frank Romeike, der sich beruflich mit dem Risikomanagement in Wirtschaftsunternehmen beschäftigt.**

Nur jeder fünfte Chef macht sich nämlich Gedanken, welche Risiken er bereit ist einzugehen, gegen welche er sich versichern möchte und welches Risiko er durch Verbesserungen innerhalb des Betriebs selbst abwehren kann. Mitunter greift das eine ins andere. Denn: Wer Rauchmelder oder Sprinklersysteme installiert, Brandschutztüren einbaut oder eine Alarmanlage anmeldet, der bekommt oft einen großzügigen Rabatt bei den Prämien eingeräumt. Nicht von ungefähr lautet einer der liebsten Sprüche der Assekuranzmakler: „Besser die Schäden verhüten, als sie später zu vergüten.“ Einige Versicherungen sind indes nahezu unvermeidbar.

### Betriebshaftpflicht

In Unternehmen des produzierenden Gewerbes ist die Betriebshaftpflicht oft der größte Posten unter den betrieblich veranlassten Versicherungspolicen. Denn bei der Einschätzung der Gefahren sollte stets von dem größten anzunehmenden Risiko ausgegangen werden. Das kann sich ganz schnell ändern.

Beispiel: Solange der Hersteller von Schrauben nur den Fachhandel bedient, bleibt das Gefahrenpotenzial überschaubar. Wird hingegen ein Autokonzern als Kunde gewonnen, der die gelieferten Produkte in seine Modelle einbaut, kann ein schadhaftes Teil dazu führen, dass möglicherweise Tausende Fahrzeuge in einer peinlichen Rückrufaktion in die Werkstatt beordert werden. Ein völlig unkalkulierbares Risiko, dessen Kosten ohne Versicherungsschutz den Betrieb ruinieren könnten.

Weil die Risiken höchst unterschiedlich ausfallen, ist deren Absicherung nur individuell zu lösen. Die Angebote



# Die richtige Versicherung für Chef und Betrieb

Eine Betriebsschließung, egal aus welchem Grund, ist der „worst case“. Gegen verschiedene Risiken

der Gesellschaften differieren allerdings mitunter erheblich. Bei einem Sanitär- und Heizungsinstallateur mit fünf Beschäftigten lag die teuerste Offerte bei 55.357 Euro, doch er konnte seinen Abschluss bereits zu 32.130 Euro machen.

### Inhaltspolice

Was die Hausratversicherung für den privaten Bereich bedeutet, ist die Inhaltsversicherung für den Betrieb. Als Basis gilt jeweils der Neuwert des Inventars, das beispielsweise gegen Einbruch und Diebstahl, Feuer- und Wasserschä-

den geschützt ist. In manchen Policen ist gleichzeitig ein zeitlich begrenzter Ausfall durch die Betriebsunterbrechung im Schadensfall gedeckt.

Da weniger die Büromöbel oder ein Dutzend Aktenschränke als mögliche Schadenssumme groß zu Buche schlagen, wohl aber Computer oder gar Rechenzentren, gibt es neben der herkömmlichen Police die erweiterte Inhalts- und Elektronikversicherung.

Wichtig: Auch Leitungsschäden im Mauerwerk nach einem Blitzschlag sollten in der Police aufgeführt sein. Denn





rund 2.000 Euro kalkuliert werden. Dafür werden bei Rechtsstreitigkeiten alle Anwalts- und Gerichtsgebühren übernommen, auch die Kosten für erforderliche Gutachten. Nach Abschluss der Police gilt in aller Regel eine Wartezeit von drei Monaten, bis der Versicherungsschutz wirkt.

Freiberufler wie Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, aber auch Architekten und Ingenieure, benötigen zusätzlich eine Vermögensschadenhaftpflicht, die auch die Folgekosten aus einem Gerichtsurteil abdeckt.

### Welchem Assekuranz-Konzern kann man vertrauen?

Der günstigste Tarif muss nicht unbedingt das beste Angebot sein. Der größte US-amerikanische Versicherungskonzern AIG ist praktisch pleite und konnte vorerst nur mit Hilfe milliarden-schwerer Kredite des Staates in die Lage versetzt werden, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn ein Assekuranz-Konzern wegen Insolvenz ausfällt, stehen die dort Versicherten von einem Tag auf den anderen ohne Absicherung da. Die bereits bezahlten Prämien können sie vergessen, und sie müssen sich sofort einen neuen Partner suchen.

Woran soll sich aber ein mittelständischer Unternehmer orientieren, damit er nicht vom Regen in die Traufe kommt? Es gibt Rating-Agenturen, die im Auftrag der Unternehmen regelmäßig deren Bonität bewerten. Die Gütesiegel reichen von AAA (sehr gut) bis D (ungenügend). International bekannt sind Standard & Poor's und Moody's, hierzulande hat die Kölner Agentur Assekurata einen guten Ruf, gerade für Bewertungen in der Versicherungsbranche. Das Problem: Kein Unternehmen kann gezwungen werden, sich einer entsprechenden Analyse zu unterziehen. So hat sich beispielsweise die Provinzial für eine Prüfung durch den Technischen Überwachungs-Verein (Tüv) entschieden. Nur: Der Tüv testet lediglich die Servicequalität, nicht die Finanzstärke eines Unternehmens. Hier aus der Assekurata-Übersicht die Gewerbeversicherer mit den besten Ratings.

kann man sich versichern. Wir sagen Ihnen, welche die wichtigsten sind.

nur dann sind die mitunter aufwändigen Kosten für eine Neuinstallation zum Beispiel in der Betondecke mitversichert.

„Im ersten Schritt erstellen wir vor Ort ein Risikoinventar“, erläutert Bernd Meyer von der Gothaer Risk-Management GmbH, „und dann machen wir Vorschläge, wie damit umzugehen ist.“

### Rechtsschutz

Es sind nicht nur ausstehende Forderungen, Mängelrügen oder unvermeidbare Kündigungen, die vor dem Kadi enden, aus ganz unterschiedlichen Gründen kann der

Chef verklagt werden. Und da hierzulande immer noch die Erkenntnis gilt – „auf hoher See und vor einem deutschen Richter sind wir alle in Gottes Hand“ –, gehört eine Rechtsschutzversicherung mit zu den wichtigen Policen. Denn gerade in schwierigen Zeiten ist schnell Streit programmiert.

Viele Konditionen sind verhandelbar, doch für ein mittleres Unternehmen mit etwa 20 Beschäftigten in angemieteten Büroräumen und mit acht Dienstwagen (sechs Pkw, zwei Lkw) muss eine Jahresprämie von

Unternehmen	Rating	Ausblick
Delta Lloyd	AA	stabil
Allianz	AA	stabil
Axa	AA	stabil
Cosmos	AA	stabil
DBV-Winterthur	AA	stabil
Generali	AA	stabil
Mitsui Sumitomo Insurance	AA	stabil
Volksfürsorge	AA	stabil
Aegon Schadensversicherung	AA	negativ
Mapfre Empresas	AA	negativ
Euler Hermes-Kreditversicherung	AA -	stabil
Hamburg-Mannheimer	AA -	stabil
Victoria	AA -	stabil
Zurich Insurance	AA -	stabil
ACE Europe Group	A +	stabil
Coface Kreditversicherung	A +	stabil
DEVK Allgemeine	A +	stabil
HDI-Gerling	A +	stabil
Kravag Logistik	A +	stabil
AIIG Europe	A +	negativ

## Berufsunfähigkeit

Der Schutz vor Berufsunfähigkeit gehört sicher zu den wichtigsten Versicherungen – da sind sich die Betriebsberater der Kammern mit den Versicherungsvertretern der Assekuranz einig. Die jüngste Untersuchung der Stiftung Warentest zeigt, dass sich die Angebote deutlich verbessert haben. Von 55 Tarifen bekamen mehr als die Hälfte die Noten „sehr gut“ (16) und „gut“ (24).

Gleichwohl kommt es auf die Details im Kleingedruckten an. So hält es der Bund der Versicherten für wichtig, dass der Kunde im Versicherungsfall nicht auf einen anderen Beruf verwiesen wird. Zudem sei darauf zu achten, dass Berufsunfähigkeit schon dann anzuerkennen ist, wenn ein Arzt sie für „voraussichtlich sechs Monate“ diagnostiziert.

Wer sich bereits in jungen Jahren versichert, sollte die Möglichkeit haben, dass er später den Vertrag aufstocken kann, und zwar ohne erneute Gesundheitsprüfung.

## Risiko Krankheit

Selbstständigen, die nicht gesetzlich versichert sind, bieten private Versicherer finanziellen Schutz bei Krankheit. Doch sollte vorab geklärt sein, dass der gewählte Tarif wenigstens die vergleichbaren Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen bietet. Etwa der Anspruch auf Rehabilitation sowie eine sich anschließende Heilbehandlung.

Ganz wichtig für mittelständische Unternehmer ist die Vereinbarung über das Krankentagegeld. Gerade bei schwerer Krankheit mit einer länger andauernden Genesungsphase möchte mancher Chef nicht ständig im Bett bleiben, sondern gelegentlich bis öfter für ein paar Stunden seinen Betrieb besuchen. Deshalb sollte beim Vertragsabschluss sichergestellt werden, dass auch anteiliges Krankengeld gezahlt wird. Ist dieser Punkt nämlich nicht in der Police ausdrücklich geregelt, darf der Versicherer auch bei einer nur vorübergehenden Teilzeittätigkeit die Zahlungen einstellen.

## Der wichtigste Schutz für den Chef

Neben den betrieblich notwendigen Versicherungen braucht auch der selbstständig tätige Chef unbedingt einige Policen, auf die ein angestellter Geschäftsführer in einer ähnlichen Position möglicherweise verzichten könnte. Der bei den Prämien günstigste Anbieter muss dabei nicht immer der beste Partner sein. Denn die Kulanz hat im Versicherungsgewerbe abgenommen. Das belegen schon die deutlich angestiegenen Zahlen von Beschwerden beim Bundesaufsichtsamt sowie bei den von der Branche installierten Ombudsmännern. Mit mehr als 35.000 Fällen pro Jahr haben sie sich gegenüber 2001 verdoppelt. Zwar versucht der Branchenverband zu beschwichtigen: „Die Beschwerdentwicklung allein ist kein aussagekräftiges Kriterium für die Unzufriedenheit der Kunden.“ Doch bei den Verbraucherzentralen heißt es: „Es gibt keinen Versicherer, bei dem es als Folge der weltweiten Finanzkrise nicht zu Problemen kommt.“

hw

Für den Chef sind die größten Risiken, die er neben seinem Leben versichern sollte, Krankheit und Berufsunfähigkeit.



Manche Versicherungen verlangen bei einer Risikolebensversicherung von Rauchern doppelte Prämien.

## Risiko Leben

Gerade junge Unternehmer sehen im Aufbau ihrer beruflichen Existenz zugleich auch die beste Altersvorsorge. Liquide Mittel werden deshalb eher in den Betrieb gesteckt als in eine teure Kapitallebensversicherung. Wäre da nicht der quälende Gedanke, was wohl aus Frau und Kind wird, wenn ein Autounfall mit dem Tod endet. Für diesen schlimmsten aller Fälle hat die Assekuranz die Risikolebensversicherung im Programm. Deren Tarife sind günstig, weil nur im Todesfall gezahlt wird. Der Beitrag richtet sich nach Versicherungssumme, Eintrittsalter und Risikofaktoren. Frauen zahlen weniger als Männer, Raucher doppelt so viel. Beispiel:

Ein 25-jähriger Mann zahlt bei einer Versicherung für 150.000 Euro Versicherungssumme (Laufzeit 30 Jahre) nur 106 Euro pro Jahr, als Raucher jedoch 244 Euro.

Oder: Für eine Versicherungssumme von 50.000 Euro (10 Jahre Laufzeit) verlangt eine andere von einem 55-jährigen Mann 203 Euro, als Raucher hingegen 506 Euro.

*hw*



Günter Lehmann, Geschäftsführer der Alde Gott Winzer eG in Sasbachwalden, hat sich für die Unterstützungskasse von Delta Lloyd entschieden.

## Mehr betriebliche Rente mit Delta Lloyd

### FÜR MEINE MITARBEITER

Die Lösungen der Delta Lloyd zur betrieblichen Altersvorsorge sind genau das, was ich gesucht habe.

Strategisch geplant und konsequent umgesetzt kann ich gemeinsam mit meinen Mitarbeitern Steuern und Sozialabgaben sparen. Diese vom Staat geförderte Vorsorgemöglichkeit hat mich überzeugt und meine Mitarbeiter motiviert.

Sprechen Sie uns an:

0180 202 8 202 444\*

[firmengeschaeft@deltalloyd.de](mailto:firmengeschaeft@deltalloyd.de)

[www.deltalloyd.de/bAV](http://www.deltalloyd.de/bAV)

\* 0,09 Euro pro Minute aus dem dt. Festnetz, ggf. abweichende Preise aus dem Mobilfunk



## Reisekosten SPAREN IN DER KRISE

**Neidfaktor Absetzbarkeit:** Auf kaum einem anderen Gebiet stehen Selbstständige so unter Rechtfertigungsdruck wie bei Reisespesen und Geschäftswagennutzung.

Bei Betriebsprüfungen gibt es kaum einen Bereich, dem die Sachbearbeiter des Finanzamts größere Beachtung schenken als den abzugsfähigen Betriebsausgaben für Geschäftsreisen und Bewirtungen. Denn nirgendwo sind die gesetzlichen Voraussetzungen und steuerlichen Richtlinien so aufwändig geregelt wie in Deutschland.

Das beginnt bereits bei der Definition: Eine Geschäftsreise liegt bei einer vorübergehenden Auswärtstätigkeit vor. Sie beginnt, wenn die Fahrt zur auswärtigen Tätigkeitsstätte von der Wohnung oder von der regelmäßigen

Betriebsstätte der Berufstätigkeit angetreten wird und endet, wenn der Steuerpflichtige dorthin zurückkehrt. Eine Mindestentfernung ist nicht vorgeschrieben.

Unternimmt der Chef oder einer seiner Angestellten die Reise auch aus privaten Gründen oder erledigt er dabei in mehr als geringfügigem Umfang private Angelegenheiten, so sind die betrieblichen von den privat veranlassten Aufwendungen zu trennen. Ist das nicht einwandfrei möglich, so gehören die gesamten Aufwendungen zu den nicht abzugsfähigen Lebenshaltungskosten.

### Quittungen sammeln

Bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist stets der Nachweis über die entstandenen Kosten zu führen, also durch die Vorlage von Fahrkarten, Quittungen der Reisebüros, Flugzeugtickets oder Taxibelege. Auf die Notwendigkeit der Aufwendungen kommt es nicht an. Der Geschäftsreisende kann auch das Beförderungsmittel frei wählen, zum Beispiel ein Taxi statt der Straßenbahn, das Flugzeug statt der Eisenbahn. Wird ein privater Pkw für die Dienstreise benutzt, so kann der Mitarbeiter wahlweise entweder

die tatsächlich entstandenen und belegbaren Kosten abrechnen oder den pauschalen Satz von 30 Cent pro gefahrenen Kilometer. Bei eingesetzten Firmenwagen werden die Fahrzeugkosten ohnehin in voller Höhe als Betriebsausgabe berücksichtigt.

Nebenkosten einer Geschäftsreise, ob für die Benutzung der Hotelgarage oder für Autobahngebühren, sind ebenso mit Quittungen zu belegen wie berufliche Telefonate oder die Nutzung des Internets.

### Die berühmten „Pauschsätze“

Kosten für die Verpflegung gehören grundsätzlich zu der steuerlich nicht relevanten Lebensführung. Es geht somit nur um Mehraufwendungen, die möglicherweise unmittelbar durch die Geschäftsreise veranlasst werden. Die Kritik des Bundesfinanzhofs (BFH) an den früher üblichen Verpflegungspauschalen führte zu einer gesetzlichen Neuregelung. Mit dem Ergebnis, dass nun der Mehraufwand ausschließlich an der Dauer der Geschäftsreise gemessen wird, und zwar mit drei Pauschalbeträgen: bei einer Abwesenheit von mindestens 8 Stunden (6 €), 14 (12 €) oder 24 Stunden (24 €). Für Auslandsreisen gelten von Afghanistan bis Zypern bei gleicher Stundenzahl ganz unterschiedliche Pauschsätze, mit denen ebenfalls die Übernachtungskosten abgegolten werden (siehe auch Übersicht europäischer Länder).

Für Übernachtungen in heimischen Hotels gilt wiederum die Regel, dass nur die nachgewiesenen und mit Rechnung belegten Kosten vom Finanzamt akzeptiert werden. Teilen sich zwei gemeinsam Reisende ein Doppelzimmer, so ist der entstandene Aufwand gleichmäßig aufzuteilen.

Wichtig: Das oft im Preis enthaltene Frühstück zählt nicht zu den Übernachtungskosten, sondern zur Verpflegung und ist mit der Inanspruchnahme des Pauschbetrags bereits abgegolten. Deshalb ist dort eine Kürzung um 20

Prozent vorzunehmen. Bei einer Abwesenheit von 24 Stunden sind das 4,80 Euro, nämlich ein Fünftel des maßgebenden Pauschbetrags von 24 Euro.

### Beispiel Wie lang ist ein Tag?

Buchhalter Krause beginnt eine Geschäftsreise am Mittwoch um 9 Uhr und ist freitags um 13 Uhr zurück im Büro. Seine Spesenabrechnung sieht so aus: 12 Euro Verpflegungspauschale für den ersten Tag (15 Stunden), für den folgenden Tag (24 Stunden) gibt es 24 Euro und für den Freitag (13 Stunden) noch einmal 6 Euro, insgesamt also 42 Euro. Die Hotelrechnung für zwei Übernachtungen à 80 Euro wird um zweimal 4,80 Euro für das Frühstück gekürzt, also mit 150,40 Euro erstattet.

### Beispiel Die Ehefrau fährt mit

Zur Möbelmesse in Köln hat der Geschäftsführer eines Küchen-Herstellers seine Ehefrau als Begleitperson mitgenommen und zur Kundenbewirtung auf dem Stand eingesetzt. Die Aufwendungen sind als Betriebsausgaben nur dann abzugsfähig, wenn nachgewiesen wird, dass auf eine andere erforderliche Hilfskraft verzichtet wurde. Aber: Ein BFH-Urteil zeigt, wie kritisch hinterfragt wird. Weil in den USA ein Dolmetscher zur Verfügung stand, wurden Aufwendungen einer mitreisenden, englischsprechenden Ehefrau nicht anerkannt.

### Beispiel Zum Essen einladen

Während einer eintägigen Dienstreise lädt der Prokurist eines mittelständi-



Exakte Abrechnungen sind angesagt, denn bei Reisespesen schauen die Betriebsprüfer ganz genau hin.

schen Autozulieferers seinen Kunden nach dem erfolgreichen Geschäftsabschluss zum Mittagessen ein. Da der Arbeitgeber keinen steuerfreien Ersatz leistet, sind als Werbungskosten abzugsfähig:

nachgewiesene Bewirtungskosten von 50 Euro, höchstens jedoch 70 Prozent davon, also 35 Euro, Verpflegungsmehraufwendungen mit dem ungekürzten Pauschbetrag für 15 Stunden, also 12 Euro.

### Beispiel Geschäfte im Urlaub

Der Chef unterbricht seinen Urlaub in den Bergen, um im 130 Kilometer entfernten Salzburg einen wichtigen Lieferanten wegen Konditionsab-sprachen zu treffen. Es handelt sich dabei zweifelsfrei um eine Geschäfts-reise. Allerdings kann nur die Fahrt vom Ferienort aus in die österreichi-sche Grenzstadt abgerechnet werden, bei längerer Dauer möglicherweise zusätzlich auch die dort geltenden Pauschsätze für Verpflegungsmehr-aufwendungen und Übernachtung.

hw

### TREND ZUR ONLINE-BUCHUNG

Als Folge der Wirtschaftskrise hat hotel.de, einer der führenden Online-Hotelreservierungsdienste, einen Trend hin zur verstärkten Online-Buchung ausgemacht. Durch den Sparzwang forcieren die Unternehmen die Verwendung von Selbst-bucher-Tools. Zumeist spielen zwei Argumente eine gewichtige Rolle: die vergünstigten Online-Zimmerpreise sowie der Zeitge-winn bei der Buchung an sich.

## SERVICE-ÄRGER

### Wo Service klein geschrieben wird ...

Alles andere als eine „Service-Station“ erwartete einen unserer Leser in einer norddeutschen Großstadt an Tankstellen, die mit einem gelb-roten Muschelemblem für sich werben.

Sein schlichter, aber offenbar heutzutage in Deutschland ungewöhnlicher Wunsch: Er wollte sein Auto nicht nur auftanken und waschen, sondern vor allem innen reinigen lassen.

In der ersten Station hatte der für die Innenreinigung zuständige her-beigerufene Mitarbeiter für den Rest der Woche keine Zeit. Er erläuterte, dass er quasi als „fliegender Wäscher“ auch noch an anderen Stationen tätig und ausgelastet sei. Das „Service“-Personal zuckte mit den Schultern, und unser Leser fuhr weiter zu einer anderen Station dieser Marke.

Dort erfuhr er, man habe zwar einen Mitarbeiter für die Innenreinigung der Pkw, der aber habe viel zu tun. Man möge einfach mal

anrufen, dann mache er, der Mitarbeiter, Terminvorschläge. Beim Anruf am nächsten Tag wurde unser Leser jedoch an eine weitere Station dieses Mineralölunternehmens verwiesen. Dort kam es zu einer Terminvereinbarung in zwei Tagen um 8.30 Uhr.

Pünktlich dort eintreffend, stand vor ihm jener „Wander-Wäscher“, den er schon vor Tagen an einer anderen Station getroffen hatte. Diesmal hatte er nicht nur keine Zeit, sondern wusste zudem von keiner Terminvereinbarung. Drei „Muschelstationen“, drei Abfahren.

„Wir werden danach beurteilt, wie wir handeln: Unser Image lebt davon, wie wir unsere zentralen Werte ‚Aufrichtigkeit, Integrität sowie Achtung und Respekt vor den Menschen‘ in die Praxis umsetzen,“ heißt es in den Unternehmensleit-sätzen des Mineralöl-Multis.

So sehen wir das auch und stellen in dem geschilderten Fall eine große Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit fest. Eine Bitte an die Pressestelle um Stellungnahme blieb übrigens unbeantwortet.

G.K.

**Haben auch Sie Ärger mit dem Service allgemein,  
mit speziellen Unternehmen?**

**Schreiben Sie uns! Machen Sie Ihrem Ärger Luft!**

**Wir machen uns stark für Sie, wir schalten Abgeordnete ein,  
wir veröffentlichen unsere Recherchen und machen Druck!**

Redaktion  
MittelstandsMagazin  
Gärtnerkoppel 3  
24259 Westensee  
E-Mail: [info@mitmagazin.com](mailto:info@mitmagazin.com)

**Schreiben Sie uns – [info@mitmagazin.com](mailto:info@mitmagazin.com) – Wir helfen Ihnen!**



## BETRIEBLICHE ALTERSVORSORGE

# Wenn der Chef die private Rente mitfinanziert

Die betriebliche Altersvorsorge ist heute eine wichtige Säule in der finanziellen Absicherung im Alter.

**Neben der gesetzlichen Rente sowie der staatlich geförderten Riester- oder Rürup-Rente sparen viele Menschen zusätzlich fürs Alter. Alle Experten sind sich einig: Wer später den eigenen Lebensstandard halten will, der sollte in der Tat überlegen, ob und wie er außerdem noch etwas „auf die hohe Kante“ legt. Beliebt ist nach wie vor die klassische Lebensversicherung, aber eine andere Form der privaten Vorsorge ist mindestens genauso attraktiv und holt sogar den eigenen Chef noch mit ins Boot: Die Rede ist von der betrieblichen Altersvorsorge. Wie funktioniert dieses Vorsorgemodell?**

Die betriebliche Altersvorsorge (bAV) hilft zum einen den Arbeitnehmern beim Aufbau einer privaten Vorsorge und entlastet zum anderen die Unternehmen. Die bAV ist so neben der gesetzlichen Rente und der privaten, kapitalgedeckten Altersvorsorge zur dritten Säule im Alterssicherungssystem in Deutschland geworden. „Die betriebliche Altersvorsorge ist für viele Bürgerinnen und Bürger ein wichtiges Element zur eigenen Vorsorgeplanung. Wegen der doch recht komplexen Materie sollte man sich allerdings professionell und persönlich beraten lassen“, weiß Dr. Udo Corts, Vorstandsmitglied der Deutschen Vermögensberatung (DVAG).

### „Rente vom Chef“

Arbeitnehmer, die in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind, haben einen Anspruch darauf, einen Teil ihres Gehalts in eine betriebliche Altersvorsorge einzahlen zu können. Bei der so genannten Entgeltumwandlung verzichtet der Arbeitnehmer auf einen Teil des Bruttogehalts und investiert dies in die betriebliche Altersvorsorge. Die Summe wird beispielsweise direkt vom Arbeitnehmer an eine vorher ausgewählte Direktversicherung, Pensionskasse oder einen Pensionsfonds abgeführt. Auf dieser Weise können Beiträge in Höhe von jährlich vier Prozent der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung zusätzlich gespart werden, also bis zu 2.592 Euro.

Hinzu kommt: In der Ansparphase sind die Sparbeiträge von Steuern und Sozialabgaben befreit, in der Auszahlungsphase erfolgt eine nachgelagerte Besteuerung und es fallen Beiträge für die Krankenversicherung an. Wer arbeitslos wird, der braucht nicht zu fürchten, die bisher gesparte Summe zu verlieren. Wenn es hart auf

hart kommt und ein Arbeitnehmer Arbeitslosengeld II beantragen muss, dann bleiben die bisher angesparten Guthaben in der betrieblichen Altersversorgung unangetastet. Darüber hinaus kann man die erworbenen Ansprüche beim Wechsel des Arbeitgebers mitnehmen. Damit ist das Modell sowohl für diejenigen interessant, die aufgrund eines guten Gehalts oder durch Lohnerhöhungen unter der so genannten kalten Progression leiden, als auch für die, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Die „Rente vom Chef“ ist also eine attraktive und wichtige Säule der Altersvorsorge.

### Effiziente und rentable Möglichkeit zur Vorsorge

Wer also als Arbeitnehmer über den Weg der bAV Geld für später zurücklegt, schlägt gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe. Neben der zusätzlichen Rente im Alter genießt man schon heute die steuerlichen Vorteile, die sich aus der Entgeltumwandlung ergeben. Die Beiträge werden direkt – also ohne Lohnsteuerzahlung – vom Bruttoeinkommen abgezogen. Ebenso entfallen die Sozialabgaben, die der Arbeitgeber in gleicher Höhe wie der Arbeitnehmer einspart. Klarer Fall: Das zu versteuernde Bruttoeinkommen sinkt und damit auch die Steuerlast. In der Rentenphase werden die Leistungen zwar steuerpflichtig, meistens fällt dann aber die Steuerquote niedriger aus. „Die betriebliche Altersvorsorge hat sich vor diesem Hintergrund als Erfolgsmodell durchgesetzt. Es wissen nur noch zu wenige Menschen von dieser Möglichkeit“, stellt Dr. Udo Corts fest, der darauf hinweist, dass nicht die Arbeitnehmer, sondern auch der Arbeitgeber von diesem Modell profitiert.

**Cicero  
jetzt gratis  
testen!**

**Der Cicero-Schwerpunkt im Juni:**

# Der deutsche Mittelstand



## Herausforderungen und Chancen der wichtigsten Säule unserer Wirtschaft

Schwerpunkt in der Juni-Ausgabe von **Cicero**, dem Magazin für **politische Kultur**, ist der deutsche Mittelstand. Cicero stellt Persönlichkeiten des deutschen Mittelstands vor, die durch kluge Konzepte die Krise meistern, erläutert Strategien von Firmen, die durch ungewöhnliche Ideen Erfolg haben und geht der Frage nach, welche Zukunft der deutsche Mittelstand hat. Finden Sie diese und weitere Themen in der aktuellen Cicero-Ausgabe.

**Überzeugen Sie sich selbst und bestellen Sie jetzt ein Gratisexemplar!**

[www.cicero.de/abo](http://www.cicero.de/abo)



**Jetzt im Handel!**

**Cicero-Leserservice  
20080 Hamburg**

Schreiben Sie eine E-Mail:  
[leserservice@cicero.de](mailto:leserservice@cicero.de)

Bestellnummer: 653879

**Cicero**  
MAGAZIN FÜR POLITISCHE KULTUR



Hier kostenfrei anrufen:

**0800 282 20 04**



## RECHT IM GESPRÄCH



**Wolf-Dietrich Bartsch,** Rechtsanwalt und Notar, stellt sich den Fragen unserer Leser

*Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen dabei ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.*

*Wir wollen helfen, Klarheit in den Paragraphen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlicht und beantworten.*

**Aber Achtung:** Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.

**Unser Leser Gernot N. möchte wissen, wie eigentlich sichergestellt wird, dass ein notariell beurkundetes und bei einem Gericht hinterlegtes Testament nach dem Tod auch eröffnet wird. Nach diversen Umzügen kann sich das Testament doch hunderte Kilometer vom Sterbeort entfernt befinden.**

Die Frage ist natürlich berechtigt. Da wird für viel Geld ein Testament entworfen und beurkundet und im Fall der Fälle soll dann die Gefahr bestehen, dass es nicht einmal gefunden wird? Doch die in Deutschland viel verspottete Bürokratie hat sich ein genau durchdachtes System ausgedacht, das Pannen vermeiden soll. Über jedes bei einem Amtsgericht in Verwahrung genommene Testament wird das für den Geburtsort des Testierenden zuständige Standesamt schriftlich unterrichtet. Fehlt es an einem solchen zuständigen Standesamt, so ist das Amtsgericht Berlin-Schöneberg zuständig und zu informieren.

Im Todesfall ist dann das Standesamt, welches den Tod beurkundet, verpflichtet, dies dem Standesamt des Geburtsortes anzuzeigen. Von dort aus wird dann das Amtsgericht informiert, bei dem sich das Testament in Verwahrung befindet. Dies wird dann das zuständige Nachlassgericht benachrichtigen. So wird sichergestellt werden, dass kein Testament verloren geht. Das klingt sehr kompliziert. Aber: Es funktioniert!

**Kaum hatten wir an dieser Stelle über die Pflicht der Rechtsanwälte berichtet, eine Amtstracht zu tragen, wird eine weitere Entscheidung zum Thema „Rechtsanwalt und Krawattenzwang“ veröffentlicht.**

Ein Amtsgericht hatte den Nebenklägervertreter zur Strafverhandlung nicht zugelassen, da er sich weigerte, eine Krawatte zu tragen. Der Anwalt hatte sogar das Angebot eines Kollegen ausgeschlagen, ihm eine Krawatte zu leihen. Der Rechtsanwalt legte gegen den ihn zurückweisenden Beschluss Beschwerde ein. Das Landgericht Mannheim stellte fest, dass der Beschluss der Vorinstanz rechtswidrig war. Auf mehreren Seiten begründet das Landgericht seine Entscheidung und kommt dann zu dem Ergebnis, dass der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in dem angefochtenen Beschluss keine ausreichende Berücksichtigung gefunden habe.

Fazit: Das Thema erscheint noch lange nicht ausdiskutiert!

**Ein ganz anderes Thema beschäftigt unseren Leser Martin M. Seine Mutter hat ihm das Elternhaus zu Lebzeiten übertragen. Sie behielt sich ein lebenslanges Wohnrecht vor.**

Leider hat sich ihr Gesundheitszustand derart verschlechtert, dass sie in ein Pflegeheim musste. Die Wohnung steht nun leer. Unser Leser möchte vermieten. Der Träger der Sozialhilfe verlangt von ihm darüber hinaus die Kosten der Sozialleistungen erstattet.

In einem solchen Fall ist anwaltliche Hilfe wichtig. Diese Fragen sind äußerst schwierig und werden unterschiedlich beurteilt. Grundsätzlich steht zum Beispiel das Wohnrecht einer Vermietung entgegen. Der Eigentümer ist quasi gesperrt, da das Wohnrecht höchstpersönlich ist und vor geht.

Auf der anderen Seite ist als Gegenleistung für die Hausüberlassung gerade keine Geldleistung des Sohns an seine Mutter vereinbart worden. Der „vernünftige Menschenverstand“ hat natürlich eine schnelle Lösung parat: Der Mieterlös steht der Mutter zu!

Aber: Wenn die Vertragsparteien das gewollt hätten, dann hätten sie ein Nießbrauchsrecht und kein Wohnrecht vereinbart. Verständlich, dass die Gerichte ihre Probleme mit Fällen dieser Art haben.

Folgendes wird deutlich: Notarielle Überlassungsverträge müssen auch die Möglichkeit berücksichtigen, dass die Eltern pflegebedürftig werden. Nur klare Regelungen schützen gegebenenfalls vor hohen Regressforderungen der Sozialhilfeträger gegen die Kinder.



## ERHARD-ZITATE

Demokratien sind noch niemals – wie wir es ja selbst erlebt haben – durch mächtige Organisationen vor dem Verfall bewahrt worden; sie können und werden vielmehr immer nur solange bestehen, als sie von Menschen getragen werden, die um den Wert und den Segen der Freiheit wissen. Wo Demokratien bedroht sind, bedarf es des persönlichen Mutes, ja ich möchte es profan ausdrücken, der Zivilcourage der Staatsbürger zur Selbstbehauptung.

\*

Meine Mitbürgerinnen und Mitbürger: Keine Demokratie gedeiht ohne Toleranz. Wo politischer Widerstreit immer gleich zum Freund-Feind-Verhältnis entartet, nimmt die Demokratie Schaden. Wer den anderen nicht durch das bessere Argument widerlegen, sondern innenpolitisch nur noch verketzern will, trifft nicht den Gegner, sondern zerstört das zuletzt doch gemeinsame Fundament.

\*

Der Politiker sieht sich in dieser unruhigen Welt, in der wir in uns selbst keine Sicherheit mehr finden können, in der Lage eines Schachspielers, dem mitten im Turnier ein Brett mit 100 statt 64 Feldern und einem zusätzlichen Dutzend unbekannter Figuren auf den Tisch gestellt wird. Zwar sind die Grundregeln des Spiels gleichgeblieben, aber um das Spiel zu gewinnen, muss der Spieler die neuen Bedingungen, unter denen er handelt, voll erfassen und sein Handeln darauf einstellen.

\*

Wir erkennen, dass die Politik der Zukunft nicht mehr allein von den großen Mächten, den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und den freien europäischen Staaten beeinflusst wird. Die Länder Asiens und Afrikas werden den weltpolitischen Ablauf der Zukunft wesentlich mitbestimmen. Das wieder bedeutet, dass wir unsere Anstrengungen, die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Staaten zu verstärken, wesentlich erhöhen müssen.

Quelle: „Die Soziale Marktwirtschaft. Der Ludwig-Erhard-Zitatenschatz.“ Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Berlin 2007. ISBN 978-3-00-023130-8

Schreiben Sie uns: [rechtsfragen@mitmagazin.com](mailto:rechtsfragen@mitmagazin.com)

## AKTUELLE URTEILE

**Rost ist nicht gleich Rost**

OLG Stuttgart;  
Urteil vom 14.10.2008;  
1 U 74/08

Ein Autofahrer hatte einen Pkw mit einer so genannten Durchrostungsgarantie gekauft. Das Versprechen lautete: „Kostenlose Instandsetzung bei Durchrostungen (von innen nach außen) an der Karosserie...“

Es kam, wie es kommen musste: Das Fahrzeug setzte Rost an. Der Streit ging bis vor das OLG Stuttgart. Dort wurde klargestellt: Nicht jeder optisch störende Rostansatz berechtigt dazu, die Garantiezusage in Anspruch zu nehmen. Vielmehr müssen aus technischen Gründen Maßnahmen erforderlich sein, um eine unmittelbar bevorstehende vollständige Durchrostung zu verhindern. Aber auch der drohende Verlust der Verkehrssicherheit des Fahrzeugs kann die Einlösung des Garantieverprechens rechtfertigen. Die Klage des Autofahrers wurde abgewiesen.

**Zeit ist Geld zum Ersten**

BGH; Beschluss vom 02.12.2008;  
VI ZB 63/07

Es ist umstritten, ob eine juristische Person (z.B. eine GmbH) wegen der Teilnahme ihres Geschäftsführers an einer Gerichts-

### Zusammengestellt von Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar



rechtsfragen@mitmagazin.com

verhandlung einen Anspruch auf Verdienstausfall hat. Die frühere Rechtsprechung verneinte dies mit dem Argument, dass die Vertretung der GmbH gerade die Aufgabe ihres Geschäftsführers sei.

Dies sieht der Bundesgerichtshof anders. Hat das Gericht das persönliche Erscheinen des Geschäftsführers oder eines sachkundigen Mitarbeiters angeordnet und die Partei eine solche Person dann auch zu dem Termin entsandt, so ist die Zeitversäumnis zu entschädigen. Der BGH weist dabei auf Folgendes hin: Aufgabe des gesetzlichen Vertreters des Unternehmens ist es in erster Linie, die Erzielung des erstrebten Unternehmensgewinns durch entsprechende Betätigung im Rahmen des Gegenstands des Unternehmens zu fördern, nicht aber

Unternehmensgewinne dadurch zu verdienen, dass ein Prozess geführt wird.

Dem kann man nur beipflichten!

**Mit Fahrverbot zum Fahrer**

AG Lüdinghausen;  
Urteil vom 22.09.2008

Die Geschwindigkeit ist schnell einmal überschritten. Ein Fahrverbot kann die Folge sein. Früher ließen sich Behörden oder Gerichte oft auf einen Deal ein: Die Geldbuße wurde erhöht und das Fahrverbot konnte damit entfallen. Die Zeiten sind vorbei! Heute muss der Richter für ein Absehen vom Fahrverbot die Unverhältnismäßigkeit des Verbots im Verhältnis zur Tat feststellen.

Das Amtsgericht Lüdinghausen hatte einen Fall zu entscheiden, in dem ein Geschäftsführer einer GmbH betroffen war. Dieser war zugleich Präsident eines Arbeitgeberverbandes. Dessen Anwalt hatte vorgetragen, dass die finanziellen Mittel für die Einstellung eines Fahrers weder bei der Firma noch beim Verband vorhanden wären. Das Gericht hielt diese Darstellung aufgrund der beruflichen Stellung des Geschäftsführers für offensichtlich neben der Sache liegend und bestätigte den Bußgeldbescheid samt Fahrverbots.

## LESER SCHREIBEN

#### Artikel „Im Sitzen 19, im Stehen 7%“, Ausgabe 5-2008

Ja, es handelt sich dort wirklich um ein „Wirrwarr“; ein Wirrwarr, in dem Sie sich auch verirrt haben. Wenn es um Tiernahrung geht, bin ich natürlich „voreingenommen“. Wir produzieren in unserer Firmengruppe Nahrung für Heimtiere.

Bei Politikern, aber auch bei Ihnen, wird immer wieder gern der Gegensatz „Hundefutter 7% und Babywindeln 19%“ genannt (fast so beliebt wie der Gegensatz „reicher Chefarzt, arme Krankenschwester“).

Es handelt sich dabei um einen konstruierten Gegensatz, denn es geht schlicht und einfach um Nahrung. Nahrung für den Menschen, Nahrung für das Tier. Wenn wir Tiere als „Mitgeschöpfe“ ansehen, dann kann – steuerlich gesehen – diese Nahrung, wie auch Humannahrung, nur mit dem gleichen Steuersatz abgerechnet werden. Man käme nur dann zu einer anderen Beurteilung, wenn man Tiere als „Sache“ und nicht als Lebewesen ansieht.

Vielleicht kommt daher Ihre Verirrung im Wirrwarr der Steuergesetzgebung. Hundefutter, so heisst es bei Ihnen richtig, wird mit 7% abgerechnet. Babynahrung allerdings auch - nicht, wie Sie schreiben, mit 19%. Katzenstreu, sozusagen die Windeln der Katzen, wird mit 19% belastet (nicht wie von Ihnen genannt, mit 7%); Babywindeln deshalb völlig richtig ebenfalls mit 19%. Mir erscheint die steuerliche Gesetzgebung bei Human- und Tiernahrung sachgerecht. Nahrung für Menschen und Nahrung für Tiere kann nur gleich besteuert werden. Was allerdings nicht heißt, dass die Mehrwertsteuer nicht grundsätzlich reformiert werden müsste - Ihre vielfältigen Beispiele zeigen das ja deutlich.

Reinhard Kolonko  
animonda petfood GmbH

**Anmerkung der Redaktion**

Normalerweise kommentieren wir nicht die Zuschriften unserer Leser, doch liegt hier eine Ausnahme

vor: Babynahrung wird tatsächlich überwiegend reduziert besteuert, sofern es sich um Brei, Fertigmilchgetränke oder rohes oder zubereitetes Gemüse (Kartoffeln, Tomaten, Knollen, etc.) handelt.

Babyfertigtee hingegen wird mit 19 Prozent besteuert. Auch hier kommt es also auf die Details an. Fruchtbrei wird reduziert, Fruchtsaft (hier kommt es auf die Verdünnung und Konsistenz an) für die Kleinsten hingegen mit 19 % besteuert. Babyartikel – von der Windel über die Kleidung bis zum Schnuller – immer 19 %. Das ergab jedenfalls eine Nachfrage beim Bundesfinanzministerium.

Übrigens: Nach unserer (unbestätigten) Recherche gibt es mehr Hunde und Katzen in Deutschland als Kleinkinder. Insofern dürfte es nicht gelingen, politische Mehrheiten für die Vollbesteuerung von Vierbeinern zu organisieren...  
Es lebe das deutsche Steuerrecht!

Die Redaktion

Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift, behält sich aber verständlicherweise Kürzungen vor. Dass es sich bei Leserbriefen um Meinungsäußerungen der jeweiligen Verfasser handelt und diese nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wiedergeben, versteht sich am Rande.

leserbriefe@mitmagazin.com

# BÜCHER

## 60 Jahre Bundesrepublik

Hörbuch  
Mattscheibe Media,  
ISBN 978-3-940468-20-8



Ergreifende Momente der letzten 60 Jahre leben in diesem Hörbuch wieder auf. In 80 Minuten erlebt man eine Hörreise entlang der wichtigsten Meilensteine bundesdeutscher Geschichte – von den Rosinenbomben über die von Adenauer und Erhard gestalteten Aufbaujahre bis hin zum Fall der Mauer und Helmut Kohls grandiose Vereinigungs-Leistung.

## Europa von innen

Kurt J. Lauk (Hrsg.)  
Gebunden, 19,90 Euro  
Verlag Hohenheim,  
ISBN 978-3-89850-179-8



„Die meisten Menschen lieben Europa, aber nicht seine Institutionen. Hier fallen täglich Entscheidungen, die die europäischen Bürger im Alltag direkt betreffen. Doch kaum jemand weiß, wie es in diesen Einrichtungen aussieht und wie sie arbeiten,“

schreibt der Herausgeber Kurt Lauk. Deshalb lässt er in diesem Buch eine Menge Persönlichkeiten zu Wort kommen, die mitten in der europapolitischen Praxis stecken und denen man aus der Sicht der überzeugten Europäer ein abgewogenes Urteil über die EU und ihre Zukunft zutrauen darf.

## Sturm an der Börse

Bruner / Carr  
Gebunden, 274 Seiten, 19,90 Euro  
Wiley Verlag, ISBN 978-3-527-50405-3

Das Buch blickt auf den größten Börsencrash der Geschichte zurück und zeigt auf, wie sich die daraus gewonnenen Erkenntnisse auf die Situation der Finanzmärkte im 21. Jahrhundert beziehen lassen. Die Autoren nehmen den Leser mit auf eine spannend erzählte Reise durchs frühe 20. Jahrhundert bis hin zur Einführung des Zentralbanksystems in den USA, nachdem die Rufe nach Regierungsreformen nicht leiser wurden.



## Wolkenspringer

Daniel Tammet  
Gebunden, 288 Seiten, 19,90 Euro  
Patmos Verlag, ISBN 978-3-491-42116-5

Jeder kann über sich hinauswachsen und seine Gedächtnisleistung verbessern, davon ist der Autor überzeugt. Er gehört zu ungefähr 100 Menschen auf der Welt, die außergewöhnliche geistige Fähigkeiten besitzen. Im Gegensatz zu anderen Autisten kann er sich seiner Umwelt mitteilen und seine Denkprozesse beschreiben. Wissenschaftler meinen, dass solche Fähigkeiten in jedem von uns schlummern. Vielleicht sind wir auch in der Lage, die Zahl Pi bis zur 22.514. Stelle zu rezitieren oder eine Woche vor dem Urlaub die jeweilige Landessprache zu erlernen....

## In Verantwortung vor Gott und den Menschen

Buchstab / Kleinmann (Hrsg.)  
Broschur, 430 Seiten  
Herder, ISBN 978-3-451-29973-5



Vor 60 Jahren, vier Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs, wurde das Grundgesetz geschaffen. An diese Grundlegung unserer freiheitlich repräsentativen Demokratie erinnert dieses Buch mit Lebensbildern der 32 christlich-demokratischen Väter und Mütter unserer

Verfassung – eine Verfassungsgeschichte in Biografien.

## Beschwerdemanagement

Gebunden, 184 Seiten, 19,90 Euro  
Gabal Verlag, ISBN 978-3-89749-733-7



Tagtäglich müssen wir uns mit ihnen auseinandersetzen, sie sind ein lästiges Übel – die Beschwerden. Doch bei Reklamationen heißt es, Haltung zu zeigen und sich nicht aus der Ruhe bringen zu lassen. Die beiden Autoren erklären uns, wie man aus Beschwerden

Verkaufserfolge macht, denn Beschwerden zeigen, wo noch Verbesserungspotenzial liegt und dienen so der Qualitätssicherung. Erfahren Sie in diesem Buch, wie Sie die Zufriedenheit des Kunden wieder herstellen und so die gefährdete Kundenbeziehung stabilisieren können.

## Kundennähe in der Chefetage

Anne M. Schüller  
Gebunden, 255 Seiten, 26,50 Euro  
Orell Füssli Verlag, ISBN 978-3-280-05282-2

Effizienzsteigerung, Prozessorientierung, Kostensparen: In den Chefetagen ist man mehr mit sich selbst, als mit den Kunden beschäftigt. Viele Manager kleben an Zahlen, statt einmal mit Kunden zu reden. Die Mitarbeiter stecken im Korsett von Standards und Normen. Vor lauter Management bleibt die Menschlichkeit auf der Strecke und die Kunden ergreifen panisch die Flucht. In ihrem Buch rückt die Autorin den Kunden kompromisslos in den Fokus aller unternehmerischen Aktivitäten.

## Effektiv telefonieren

Hanspeter Reiter  
Hardcover, 160 Seiten, 17,90 Euro  
Gabal Verlag, ISBN 978-3-89749-860-0



Der Autor, seit mehr als 25 Jahren im Marketing unterwegs, liefert in diesem Buch zwei Dutzend Tools zum professionellen Telefonieren – von der Präsentation über die Akquise bis hin zum Reklamationsmanagement und Führen virtueller Teams.

Mit seinen vielen Übungen, Beispielen und Checklisten zeichnet sich das Buch durch einen großen Praxisnutzen aus.

## Mittelstandspolitik

Überschuldete Privatpersonen sollen bessere Möglichkeiten erhalten, Geldgeschäfte weiterhin abzuwickeln. Der Bundestag beschloss hierzu die Einführung eines so genannten **Pfändungsschutzkontos**, mit dem ein Betrag von derzeit 985,15 Euro künftig vor dem Zugriff von Gläubigern geschützt wird. Jeder Kunde kann demnach von seiner Bank oder Sparkasse die Umwandlung seines persönlichen Girokontos in ein solches „P-Konto“ beantragen. Damit bleiben Einkünfte, die zum Lebensunterhalt dienen, pfändungsfrei. Die Regelung gilt auch für Selbstständige.

Die EU hat zum 1. Mai die Preise für die Registrierung einer **Gemeinschaftsmarke** um 40 Prozent gesenkt und ein vereinfachtes Verfahren eingeführt. Bislang zahlten Unternehmen sowohl für Anmeldung als auch für Eintragung separat. Nun fällt nur noch eine einzige Gebühr an. Die Kosten sinken laut Kommission von bisher 1.750 auf 1.050 Euro bzw. von 1.600 auf 900 Euro bei Online-Abwicklung. Die Wirtschaft wird mit dieser Maßnahme, von der insbesondere Mittelständler profitieren sollen, um jährlich 60 Mio. Euro entlastet. In der Europäischen Union sind aktuell über 500.000 Handelsmarken eingetragen.

Zum 1. Juli sinkt der einheitliche Beitragsatz für die gesetzlichen **Krankenkassen** von derzeit 15,5 auf 14,9 Prozent. Hintergrund ist das zweite Konjunkturpaket der großen Koalition. Darin hatte die Bundesregierung zur Entlastung von Arbeitgebern und Beschäftigten einen stärkeren Steuerzuschuss zum Gesundheitsfonds beschlossen, um die Lohnzusatzkosten trotz Rezession dauerhaft unter 40 Prozent zu halten.

Auch der Beitragsatz zur gesetzlichen **Unfallversicherung** wird in diesem Jahr vermutlich leicht sinken. Er lag zuletzt bei durchschnittlich 1,28 Prozent der Bruttolohnsumme und wird allein von den Unternehmen gezahlt. Weil die Zahl schwerer Unfälle und Berufskrankheiten seit langem rückläufig ist, prognostizieren die Berufsgenossenschaften sinkende



Kosten. Dies gelte selbst für den Fall einer mehrere Jahre andauernden schweren Rezession mit anhaltendem Arbeitsplatzabbau, so der Spitzenverband. Kostendämpfend seien auch die Wirkungen der jüngsten Organisationsreform, durch die die Lasten neu verteilt wurden. Gewinner waren unfallträchtige Branchen wie der Bau oder die Metallverarbeitung, während der Dienstleistungsbereich mehr für den Solidarausgleich aufbringt.

Allerdings müssen sich die Unternehmen wegen der gestiegenen Insolvenzfälle auf einen kräftigen Kostenschub an anderer Stelle einstellen. Nicht nur der **Pensionsversicherungsverein** wird seine Beiträge deutlich erhöhen müssen. Für 2008 betrug der Satz 1,8 Promille. Ein Anstieg auf nahe 3 Promille scheint nicht ausgeschlossen. Auch der Umlagesatz, über den die Arbeitgeber das **Insolvenzgeld** finanzieren, dürfte im kommenden Jahr wohl angehoben werden. Zuletzt zahlten die Betriebe 0,1 Prozent des Bruttoentgeltes je Mitarbeiter.

Zur Stabilisierung des Arbeitsmarkts hat die Bundesregierung weitere Erleichterungen bei der Kurzarbeit beschlossen. Die maximale Bezugsdauer wird noch einmal von 18 auf 24 Monate verlängert. Wenn in einem Unternehmen bereits sechs Monate Kurzarbeit geleistet wurde, soll der Betrieb zudem vollständig von den Sozialversicherungsbeiträgen entlastet werden. Das galt bislang nur bei gleichzeitigen Qualifizierungsmaßnahmen, die sich gerade im Mittelstand als oftmals kaum durchführbar erwiesen. Das neue „**Kurzarbeitergeld Plus**“ sieht auch vor, dass

eine Unterbrechung der Kurzarbeit in einzelnen Betriebsteilen keine neuerliche Beantragung notwendig macht, solange der Bewilligungszeitraum gilt.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat die Beratungsförderung ausgeweitet. Am 1. Mai startete die von der KfW gemeinsam mit Regionalpartnern durchgeführte „**Turn Around Beratung (TAB)**“. Durch das Programm können Mittelständler Zuschüsse für externe Beratungsleistungen zur Krisenbewältigung erhalten, um ihre Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit wiederherzustellen. Bis 2013 stehen dafür insgesamt 30 Mio. Euro zur Verfügung. Auch die in Kooperation mit den Kammern angebotenen „Runden Tische“ sollen ausgeweitet werden.

*Infos unter [www.kfw-mittelstandsbank.de](http://www.kfw-mittelstandsbank.de)  
Tel. 0180 1 24 11 24*

**Selbstständige Lastwagenfahrer** müssen sich zukünftig an die Lenk- und Ruhezeiten für Angestellte halten. Das hat das Europäische Parlament beschlossen und wendet damit erstmals EU-Arbeitszeitregeln auch auf Freiberufler an. In Deutschland haben nach Angaben des Bundesverbands Güterkraftverkehr und Logistik 28 Prozent der 700.000 Fahrer nur einen LKW und fallen unter die Verschärfung. Die EVP-Fraktion hatte die mittelstandsfeindliche Regelung als Eingriff in die Selbstständigkeit und bürokratischen Irrsinn abgelehnt, konnte sich damit aber nicht durchsetzen, weil die Mehrheit der Abgeordneten der Position der Gewerkschaften folgte.

*kss*



Mehr als 50 Personen aus dem Führungskreis der MIT empfing Bundeskanzlerin Angela Merkel im Kanzleramt.

## MIT überreicht Bundeskanzlerin Wahlkampforderungen

Die Bundeskanzlerin und CDU-Bundesvorsitzende Dr. Angela Merkel hatte den MIT-Bundesvorstand zu einem Meinungsaustausch ins Kanzleramt eingeladen. Mit dabei war auch der CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla. MIT-Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarmann machte deutlich, dass angesichts der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise die richtigen konjunkturpolitischen Akzente gesetzt werden müssen. Hierzu gehöre vor allem die Steuer- und Abgabenentlastung für den Mittelstand sowie für die unteren und mittleren Einkommensgruppen.

Der MIT-Bundesvorstand bekräftigte seine Einschätzung, dass die Finanzkrise und weltweite Rezession auch heute kein Argument gegen die Soziale Marktwirtschaft darstellen. Vielmehr führt die internationale Krise der Politik vor Augen, wie bedeutsam die Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft für unser Land ist. Problematisch sei es, dass wirtschaftliche Vernunft und politische Vernunft insbesondere auf Grund des Einflusses der SPD in der großen Koalition immer weniger zusammengepasst haben. Der MIT-Bundesvorstand überreichte Angela Merkel die Forderungen der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU zur Bundestagswahl 2009. Besonderen Fokus legt die MIT auf die Entlastung der Mittelschicht, die Abschaffung der kalten Progression und die Nachbesserung bei der Unternehmenssteuerreform 2008. Angela

Merkel sagte zu, eine spürbare Entlastung zum Gegenstand des Wahlprogramms der Union zu machen und auch weitere MIT-Positionen wie etwa die Nachbesserungen bei der Unternehmenssteuerreform bei der Ausarbeitung des Wahlprogramms zu berücksichtigen.

Mit Blick auf eine mögliche Wählerwanderung von der Union hin zur FDP wurde sehr deutlich dafür plädiert, die verbleibende Zeit zu nutzen, um das wirtschaftspolitische Profil der Union wieder

zu schärfen. Nach Auffassung des MIT-Bundesvorstands war dies unter der großen Koalition deutlich ins Hintertreffen geraten. Man erzielte Einigkeit darüber, dass es nur mit einem starken Mittelstand gelingen kann, gefestigt aus der Krise hervorzugehen. Zum Abschluss des offenen und konstruktiven Gesprächs war man sich einig: Gemeinsames Ziel für die Bundestagswahl 2009 ist eine schwarz-gelbe Regierung ab September 2009.

*aj*



MIT-Bundesvorsitzender Josef Schlarmann verdeutlichte der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel den Standpunkt der MIT zum CDU-Wahlprogramm.

## Nachbesserung der Unternehmensteuerreform

Auf ihrer ersten gemeinsamen Klausurtagung der beiden Landesvorstände der MIT Hamburg und Schleswig-Holstein auf Gut Apeldör wurden die „Apeldörer Beschlüsse“ verabschiedet. Die beiden Landesverbände fordern u.a. die Stärkung von Eigenkapital und Einkommen durch Nachbesserungen bei



Die Landesvorstände Hamburg und Schleswig-Holstein sind sich einig: **Unternehmensteuerreform ist umgehend nachzubessern.**

der Unternehmensteuerreform und spürbare Steuerentlastungen für kleine und mittlere Einkommen. Ferner wurden die substanzverzehrenden Elemente der Erbschaftsteuerreform als kontraproduktiv kritisiert. „Für uns gilt, dass wir uns auf die Grundsätze des Ehrbaren Kaufmanns und die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft besinnen müssen, um in diesen schwierigen Zeiten die richtigen Entscheidungen zu treffen“, sagte Barbara Ahrons, MIT-Landesvorsitzende Hamburg. Momme Thiesen, MIT-Landesvorsitzender Schleswig-Holstein, bekräftigte: „Mit den Apeldörer Beschlüssen formulieren wir die aus unserer Sicht momentan wichtigsten Punkte und Forderungen, um aus dieser Krise in absehbarer Zeit gestärkt heraus zu gehen.“ Als Gastredner konnten die beiden Landesverbände den ehemaligen Innensenator der Stadt Hamburg, Udo Nagel, den MIT-Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarman und den Bundestagsabgeordneten Dr. Rolf Koschorrek MdB begrüßen.

## Konjunkturpolitische Geisterfahrt

Die MIT Giessen beurteilt die Aufstockung der Abwrackprämie von 1,5 Mrd. Euro auf 5,0 Mrd. Euro als konjunkturpolitisch fragwürdig und finanzpolitisch unverantwortlich. Der MIT-Kreisvorsitzende Hermann Hubing betonte, dass einerseits nur auf die Belebung einer – zugegebenermaßen „systemrelevanten“ – Branche gesetzt wird, wobei deren konjunkturelle Katalysatorwirkung für die gesamte Binnenwirtschaft angesichts der Tatsache, daß von der Subvention in nicht unbeträchtlichem

Maße ausländische Autohersteller profitierten, durchaus fraglich ist. Andererseits jedoch würden durch die Abwrackprämie Investitionsentscheidungen lediglich vorweggenommen und mögliche Investitionen oder konsumtive Ausgaben in anderen Branchen verhindert. Durch diese „Investitionslenkung“ greife der Staat mit den Geldern der Steuerzahler in unverantwortlicher Weise in den Markt ein und gefährde nachhaltig Arbeitsplätze in anderen Branchen.

## Opel-Zukunft: Lösungssuche und Perspektiven

Bei über 80 Prozent der Opel-Händler stände die Existenz in Frage, sollte eine Rettungsaktion bei Opel missglücken. Vor diesem Hintergrund initiierte der Fuldaer MIT-Kreisvorsitzende Winfried Rippert ein Treffen von Opel-Händlern und Mittelstandsvertretern im Bundeswirtschaftsministerium im Bonn. An dem Gespräch nahmen teil (v.l.n.r.): Reinhard Kolb (Geschäftsführer Opel-Fahr), Edwin Balzter (MIT-Landesvorsitzender Hessen), Staatssekretär Hartmut Schauerte MdB, Thomas Bieling (Verbandsvorsitzender Deutsche

Opel-Händler), Susanne Kleinpoppen (Regierungsdirektorin im BMWi), Dr. Klaus Gutberlet (Inh. Opel Düsseldorf), Winfried Rippert und MIT-Bundesvorstandsmitglied Gerd Robanus. Bei dem Gespräch wurde deutlich, dass die Opelhändler bereit wären, sich an einem Fördermodell i.H.v. insgesamt 500 Millionen Euro zu beteiligen. Für die Vertreter der MIT Hessen wäre eine Staatsbürgschaft unter Einbindung des Fördermodells der Händler eine vorstellbare Alternative. Eine direkte Beteiligung des Staates an Opel würde hingegen den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft widersprechen.



## Wirtschaftskongress der MIT und JU

Am 4. Juli 2009 laden die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und die Junge Union Deutschlands zu einem Wirtschaftskongress nach Düsseldorf ein. Er findet statt mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 zum Schwerpunktthema „60 Jahre Soziale Marktwirtschaft – zu Grundsätzen stehen, den Erfolg globalisieren“. Als

besondere Gäste werden der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarman, der JU-Bundesvorsitzende Philipp Missfelder, MdB, Bundeswirtschaftsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg, MdB, und NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben, MdL, erwartet.

Info: [office@mittelstand-deutschland.de](mailto:office@mittelstand-deutschland.de)

## NAMEN SIND NACHRICHTEN

### MIT Schleswig-Holstein

Momme Thiesen, selbstständiger Steuerberater aus Schleswig, wurde im Rahmen des Landesmittelstandstages in Lübeck in seinem Amt als Landesvorsitzender der MIT Schleswig-Holstein für zwei weitere Jahre bestätigt. Der Vorstand der schleswig-holsteinischen MIT erfuhr mit fünf neuen Beisitzern und einem neuen Stellvertreter eine deutliche Verjüngung und Erneuerung. Zu den stellvertretenden Vorsitzenden wurden Dr. Rolf Koschorrek MdB, Hans-Peter Küchenmeister und Thomas Melchert gewählt.

### MIT Bodenseekreis

Jürgen Schäfer wurde zum Vorsitzenden der MIT Bodenseekreis gewählt. Stellvertreter wurden Ursula Rimmel-Konzelmann und Rainer Leopold. Die Kasse wird auch weiterhin von Herta Kögel verwaltet, Presse- und Schriftführung übernimmt Jürgen Erz. Mit Heinrich Besserer, Erika Seige, Roland Ganzer, Roland Dworak und Ralf Schiminski vervollständigen fünf Beisitzer den Vorstand. Neben der Bezirksvorsitzenden Margarete Reiser und dem CDU Bundestagskandidaten Lothar Riebsamen gratulierte auch der baden-württembergische MIT-Landesvorsitzende Peter Ibbeken dem neuen Vorstand.

### MIT Bodenseekreis

Werner Endres, Mitglied der MIT Bodenseekreis, erhielt für sein jahrzehntelanges Engagement für die MIT und die Interessen des Mittelstands von der Bezirksvorsitzenden Margarete Reiser die Ehrenurkunde der MIT.

### MIT Kaarst

Erneut zum Vorsitzenden der MIT Kaarst wurde Heijo Drießen gewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind Thorsten Schmitter und Hans-Willi Wesemüller. Ebenfalls zum gewählten Vorstand gehören Lissa Graef (Schriftführerin), Heike Reiß (stellvertretende Schriftführerin), Günter Becht (Beisitzer), Manfred Boltendahl (Beisitzer), Horst Indenhuck (Beisitzer), Dieter Kirchhartz (Beisitzer), Maximilian March (Beisitzer) und Markus Steins (Beisitzer).

### MIT Steinburg

Dr. Jan Reimers heißt der neue Kreisvorsitzende der Steinburger MIT. Als Stellvertreter stehen ihm Jan Thormählen aus Kellinghusen und Ingo Heetsch aus Itzehoe zur Seite.

### MIT Stuttgart

Dr. Carl-Christian Vetter wurde zum neuen Vorsitzenden der MIT Stuttgart gewählt. Als Stellvertreter wurden Marcus Gneiting, Hildegard Grössl und Harald Weith gewählt. Neue Schatzmeisterin wurde Cornelia Link. Ute Dick löst Thomas Eschle als Pressesprecherin ab. Als Schriftführerin bestätigt und neu als Beisitzerin gewählt wurde Ines Aufrecht. Weiter gehören neben den bisherigen Beisitzern Apostolos Kelemidis, Addis Merano Santin und Ralph-Peter Benda die Stadträtinnen Elisabeth Heinz und Marion Haug und der Stadtrat Marc Benzinger, sowie Esther Fingerle, Thomas Fuhrmann, Karl Birkeneder und Thomas Eschle dem erweiterten Kreisvorstand an.

### MIT Wuppertal

Einen Wechsel an der Spitze der MIT Wuppertal brachte die diesjährige Jahreshauptversammlung, die einstimmig Michael Müller zu ihrem neuen Vorsitzenden wählte. Als stellvertretender Vorsitzender in seinem Amt bestätigt wurde Michael von Wenczowsky. In der Funktion des Schatzmeisters arbeitet auch Dr. Manfred Sanden weiter im Vorstand mit. Neben Rainer Spiecker, der als Schriftführer das Vertrauen der Versammlung erhielt, gehören mit Dr. Christine Ruck, Anja Vesper-Pottkamp, Hans-Jörg Herhausen und Patric Mertins noch vier weitere Mitglieder dem MIT-Vorstand an.

### MIT Rhein-Neckar

Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung der MIT Rhein-Neckar ehrten der MIT-Kreisvorsitzende Frederik Decker und der Ehrengast Gerhard Stratthaus langjährige MIT-Mitglieder für ihr besonderes Engagement im Interesse des Mittelstandes. Für 25-jährige

### MIT Offenbach



Hans Wameling (Foto 3.v.r.) wurde zum MIT-Kreisvorsitzenden in Offenbach gewählt. Als Stellvertreter stehen ihm Klaus Bodensohn (1.v.l.), Dr. Hans-Joachim Leonhardt (2.v.r.) und Roland Walter zur Seite. Zum Schriftführer wurde Dr. Karl-Josef Dörr (4.v.l.) gewählt. Der Vorstand wird komplettiert durch die Beisitzer Günter Froneberg (1.v.r.), Harry Krönung, Siegward Kunze, Andreas Montag (5.v.l.), Michael Poeschel und Christoph Rupp (4.v.r.).

Mitgliedschaft wurden mit der silbernen Ehrennadel und Urkunde ausgezeichnet: Dieter Bittscheidt, Manfred Brenneisen, Rudolf Filsinger, Edith Huch, Roger Kreimes, Kurt Kuhn, Ernst Kuppelmaier, Alfred Menges, Ingrid Müller-Christmann, Arthur Söhner und Manfred Spiess. Für 30 Jahre gingen eine goldene Ehrennadel, eine Uhr und eine Urkunde an Reinhard Unger, für 35-jährige Mitgliedschaft wurde das Gründungsmitglied Eduard Hoffmann mit Goldnadel, Ehrenkrug und Urkunde ausgezeichnet.

Zum alten und neuen Vorsitzenden wurde Frederik Decker gewählt. Seine zwei Stellvertreter sind Carola Schardt und Christian Wanner, der auch gleichzeitig die Funktion der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit übernimmt. Finanzreferentin ist Jutta Hilswicht. Internetbeauftragte ist Adrian Seidler. Malte Kaufmann übernimmt das Amt des Schriftführers. Beisitzer sind Peter Cavallo, Heinz Erck, Michael Franz, Volker Gerstner, Thomas Möller, Harald Schneider, Arthur Söhner, Ernst Straub und Andreas Weber. Zu Kassenprüfern wurden Eduard Hoffmann und Michael Wanner gewählt.

### MIT Mettmann

Auf Einladung des MIT-Kreisvorsitzenden aus Mettmann, Wolfgang Leyendecker, diskutierte der CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla, MdB, mit MIT-Mitgliedern und Gästen auf Schloss Landsberg in der Nähe von Essen-Kettwig. Für Pofalla ist klar, dass es im Herbst eine neue Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP geben werde. Gleichzeitig unterstrich er, dass die Zeiten in unserem Land noch schwieriger werden. Denn Deutschland bekomme die größte Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik. Mit Blick auf den Wahlkampf empfahl er: „Nicht zu früh mit dem Wahlkampf beginnen!“

## Ausbildungsförderung vereinfachen MIT besucht IT-Unternehmen

Die aktuelle Krise hat noch nicht im vollen Umfang den Ausbildungsmarkt erreicht. Gleichwohl ist eine Zurückhaltung bei vielen Betrieben auszumachen. Davon machten sich die MIT und die Junge Union Märkischer Kreis bei einer Diskussionsveranstaltung

unter dem Titel „Mit Anstand durch die Krise“ ein Bild. Zusammen mit Vertretern der Agentur für Arbeit Iserlohn und der Handelskammer wurde die Forderung der MIT diskutiert, den Zugang zu Fördergeldern für Ausbildungsplätze zu vereinfachen.

IT-Unternehmen werden zu immer wichtigeren Partnern des deutschen Mittelstandes. Vor diesem Hintergrund lud der MIT-Kreisvorsitzende im Jerichower Land, André Nollmann, MIT-Mitglieder, Mittelständler und interessierte Gäste zum Unternehmensbesuch bei der Firma „sinnovo – IT-Services für den Mittelstand“ ein. Das Unternehmen versteht sich als Servicepartner in



allen Fragen der elektronischen Datenverarbeitung und betreut mittelständische Kunden.



**MIT und Junge Union diskutierten Vereinfachung der Ausbildungsförderung** (v.l.n.r.): Andreas Lux (SIHK Hagen), Ralf Schwarzkopf, Christel Gabler (CDU-Bürgermeisterkandidatin Lüdenscheld), Dr. Matthias Heider, Tanja Pankau (Agentur für Arbeit Iserlohn) und Joshua Märker (JU-Vorsitzender Lüdenscheld)

## Jahresempfang für Wirtschaft und Politik

Fast 70 Mitglieder, Unternehmer und Politiker folgten der Einladung zum Jahresempfang des MIT-Regionalverbandes Taurastein im Kreisverband Mittelsachsen. Im Ambiente des Brauhauses Hartmannsdorf gestaltete sich dieser Abend

zu einem wirklichen Platz für Wirtschaft und Politik. Als Gastredner konnte der MIT-Vorsitzende Peter Philipp den parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Norbert Röttgen MdB, gewinnen.



Man traf sich zum Gespräch: **Marko Wanderwitz**, MdB, **Dr. Norbert Röttgen** MdB, **Peter Philipp** und **Thomas Schmidt**, MdL.

## Unternehmer spenden für den guten Zweck



Jährlich veranstaltet die MIT Mannheim gemeinsam mit dem Bund der Selbstständigen (BdS), der Kreishandwerkerschaft und dem Kreisbauernverband auf dem Mannheimer Maimarkt eine Tombola, deren Erlös einem guten Zweck zufließt. In diesem Jahr kam die Spende von 1.000 Euro dem Mannheimer Arbeitslosenzentrum der Evangelischen Kirche (MAZ) zugute. MIT-Vorsitzender Bernd Kupfer (Foto links) und der BdS-Geschäftsstellenleiter Nord-Baden, Klaus Schäfer (r.), überreichten den Spendenscheck an Dekan Günter Eitenmüller (z.v.l.).

## 279 Wörter als Wertekompass

Warum Sonntagsreden nicht das Geringste ändern – damit befasste sich die MIT Calw-Freudenstadt. Der Einladung des MIT-Kreisvorsitzenden Ulrich Kallfass war der SWR-Moderator, Liedermacher und Autor Christoph Zehendner gefolgt. Vor über 100 Gästen führte Zehendner aus, dass kluge Sonntagsreden bei niemandem etwas ausrichten. Es gäbe nur einen einzigen Menschen, dessen Tun und Handeln, dessen Denken und Planen er tatsächlich beeinflussen könne. Und das wäre er selbst. Überzeugend und mit Leidenschaft stellte der Referent an den zehn Geboten, die nur aus 279 Wörtern bestehen, dar, wie diese für ihn als Richtschur für ein wertorientiertes Leben wichtig sind.



## Hans Michelbach wurde 60

Zur Feier des 60. Geburtstags von Dr. h.c. Hans Michelbach, MdB, versammelten sich viele prominente Gäste aus Politik, Wirtschaft, Kirche und Gesellschaft in Coburg. Neben dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Dr. Peter Ramsauer, kamen Bundeswirtschaftsminister Dr. Karl-Theodor Frhr. zu Guttenberg, die stellvertretende bulgarische Premierministerin Meglena Plutschiewa, der Präsident der IHK zu Coburg, Friedrich Herdan, Handwerkskammer-Ehrenpräsident Hugo Thauer, der Präsident des Bundesverbandes der Versicherungswirtschaft und HUK-Vorstandssprecher Rolf-Peter Hoenen, Gerhard Schaaß, Vorstands-

mitglied der Loewe AG, und viele weitere Gäste aus nah und fern.

Der MU-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete wurde bei dieser Gelegenheit für seine außerordentlichen Verdienste für den Mittelstand gelobt. Zu Guttenberg hob den Jubilar als „ordnungspolitisches Bollwerk der CSU“ hervor, der das „mittelständische Gewissen“ des Bundestags verkörpere, indem er sich wie kaum ein anderer für die Belange des krisengeschüttelten Mittelstandes einsetze. Ramsauer stellte heraus, dass Michelbach für Verlässlichkeit stehe, was in der Politik ein unschätzbare Wert sei.



Peter Ramsauer (links) und Karl-Theodor zu Guttenberg gratulierten Hans Michelbach (2. von rechts)

## Klare Worte auf dem Mittelstandstag der MU-Niederbayern

Peter Erl, Bezirksvorsitzender der Mittelstands-Union Niederbayern, hatte zum Mittelstandstag nach Vatersdorf eingeladen und über 100 Mittelständler und zahlreiche Pressevertreter kamen, um mit dem bayerischen Finanz-Staatssekretär Franz Pschierer, MdL, dem Vorsitzenden des Landtags-Wirtschaftsausschusses, Erwin Huber, MdL, dem Europa-Abgeordneten Manfred Weber und Richard Ecker, Geschäftsleiter der Volksbank Schärding, die Sorgen und Probleme des Mittelstands zu diskutieren.

Die Abschaffung der Eigenheimzulage war laut Pschierer eine Fehlentscheidung, die unsere Bauindustrie stark belastet habe. Deshalb müsse man neue Wege gehen, indem man z.B. die degressive Abschreibung für Wohngebäude erhöhe. Erl forderte eine Reduzierung der Steuerlast. Denn diese sei die am schnellsten wirkende Maßnahme, um

den Mittelstand zu entlasten und den Bürgern mehr finanziellen Spielraum zu lassen.

Der ehemalige bayrische Finanzminister Huber setzte sich für die völlige Abschaffung der Erbschaftsteuer ein. Diskutiert wurde auch eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes für die Gastronomie und die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Weber verteidigte die europäische Gesetzgebung und regte die Mittelständler an, die unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen und Standards als Chance für ein regionales Profil zu nutzen.

## Leistung muss sich lohnen

Die grundlegende Neugestaltung der Einkommensbesteuerung stellt eine große Herausforderung dar und setzt entsprechende Mehrheitsverhältnisse in Bundestag und Bundesrat voraus. Die aktuelle konjunkturelle Situation erfordert jedoch nach Auffassung der MU-Steuerkommission ein schnelles und entschlossenes Handeln. Hierzu legte sie als Einstieg in die Strukturreform ein Steuerkonzept 2009 vor. Danach sollte bei der Neugestaltung des Einkommensteuertarifes im Vordergrund stehen, dass der Eingangsteuersatz abgesenkt, der Mittelstandsbauch beseitigt und die kalte Progression durch regelmäßige Anpassung des Tarifverlaufs abgeschafft wird. Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie zur Zukunftsvorsorge sollen in notwendiger und angemessener Höhe voll als Sonderausgaben abzugsfähig sein. Bei der Gewerbesteuer soll die Hinzurechnung von Finanzierungskosten aufgehoben werden. Zudem soll die Zinsschranke abgeschafft werden und Verlustvorträge in vollem Umfang verrechenbar und übertragbar sein.



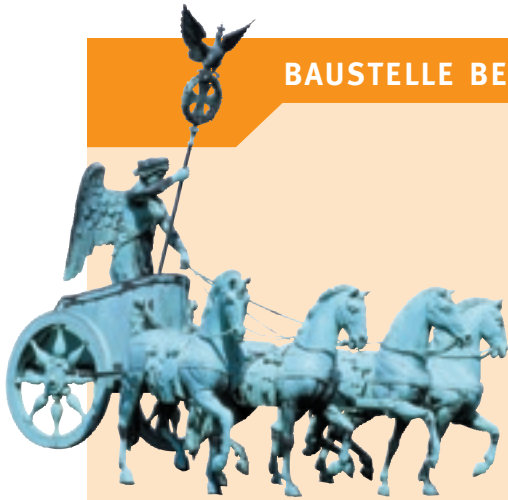
**Leistungsträger müssen gestärkt werden:** So fordert es Peter Götz als Vorsitzender der MU-Steuerkommission und Mitglied des MIT-Bundesvorstandes.

Info: [office@mittelstand-deutschland.de](mailto:office@mittelstand-deutschland.de)



Dr. Richard Ecker, Erwin Huber, Manfred Weber, Kastulus Bader, Franz Pschierer, Peter Erl, Thomas Bader (von links)

## BAUSTELLE BERLIN



## Liebe MIT-Streiter,

diese Ausgabe unseres Magazin erreicht Sie wenige Tage vor der Europawahl, bei der sich eine noch geringere Wahlbeteiligung als vor fünf Jahren abzeichnet. Für die CDU geht es darum, ein achtbares Ergebnis zu erzielen, das wahrscheinlich nicht an die 44,5 Prozent von 2004 heranreichen wird. Die CSU sorgt sich, dass sie, auf ganz Deutschland bezogen, auf mindestens fünf Prozent kommt. Nur dann wird sie wieder im Europaparlament vertreten sein.

Unterdessen laufen bei uns in der Bundesgeschäftsstelle bereits die Vorbereitungen für den Bundestagswahlkampf. Nahziel ist ein Wirtschaftskongress zusammen mit der Jungen Union am 4. Juli in Düsseldorf. Hauptredner wird unser Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, von Freunden nur „KT“ genannt, sein. Binnen kürzester Zeit ist er nicht nur zum Super-Star unter den Bundesministern avanciert, sondern hat sich in der Beliebtheitskala der Demoskopien den zweiten Platz hinter Angela Merkel gesichert. Respekt! Hier ist einer mit Fleiß, Temperament, Sachkunde und Überzeugungskraft dabei, das verwaschene wirtschaftspolitische Profil der Union neu zu schärfen.

Um ein unverwechselbares Profil der Union geht es auch bei der Zusammenarbeit zwischen der MIT und der CDA. Beide haben einen gemeinsamen Forderungskatalog erarbeitet und planen öffentliche Veranstaltungen, in denen die beiden Bundesvorsitzenden, Josef Schlarmann und Karl-Josef Laumann auftreten.

Natürlich ist auch unser Mittelstands Magazin eine feste Größe in diesem Wahlkampf zur Bundestagswahl am 27. September. Wie diese Ausgabe und die vorangegangenen, die die Europawahl als Schwerpunkt hatten, werden wir in den Magazinen im August und September unsere Leser ausführlich auf die Wahl einstimmen. Wir stellen die Forderungen und Erwartungen der MIT zur Wahl vor, machen Sie mit den Kandidaten aus den Reihen der MIT bekannt und liefern Argumente, Fakten und Informationen zu dieser Richtungswahl, die Deutschland endlich vom Joch der großen Koalition befreien und die Wende zu einer bürgerlich-liberalen Regierung stellen soll. Einer Regierung, mit deren Politik sich auch Konservative wieder anfreunden können.

Konservativ. Was heißt das überhaupt? Welche Inhalte stehen dahinter, welche Lebenshaltung, welche Werte und Tugenden? Kürzlich sagte jemand in einer größeren Runde „Ich bin keine Konservative“. Ist das in unseren Kreisen ein Coming out der besonderen Art und Güte? Ein Zeichen herausgehobener Toleranz oder Liberalität? Ein Offensein in alle Richtungen? Wenn einer von sich sagt: „Ich bin kein Konservativer“, darf man ihm denn trotzdem unterstellen, für einige Kardinaltugenden einzutreten? Oder hält er es eher mit der Tugend-Kritik der 68er oder gar mit Lafontaine, der eine Äußerung von Helmut Schmidt so kritisierte: „...das sind Sekundärtugenden. Ganz präzise gesagt: Damit kann man auch ein KZ betreiben!“ (Interview mit der Illustrierten Stern vom 15.7.1982).

Ihre Meinung dazu interessiert mich.

[baustelle@mittelstand-deutschland.de](mailto:baustelle@mittelstand-deutschland.de)

## DER AUTOR



Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

## IMPRESSUM

## Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

## Verlag und Redaktion

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH  
Gärtnerkoppel 3  
24259 Westensee  
Telefax: 04305 / 992 993  
E-Mail: [info@mitmagazin.com](mailto:info@mitmagazin.com)  
[www.mitmagazin.com](http://www.mitmagazin.com)

## Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)  
E-Mail: [gk@mitmagazin.com](mailto:gk@mitmagazin.com)

## Parlamentsredaktion

Karl-Sebastian Schulte (kss)  
Telefon: 0 30/75 70 91 70, Telefax: 03212 / 103 39 25  
E-Mail: [kss@mitmagazin.com](mailto:kss@mitmagazin.com)

## MIT-Inside

Astrid Jantz (aj)  
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22  
E-Mail: [jantz@mittelstand-deutschland.de](mailto:jantz@mittelstand-deutschland.de)

## Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar  
[rechtsfragen@mitmagazin.com](mailto:rechtsfragen@mitmagazin.com)

## Titelfoto

dpa - picture alliance

## Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH  
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee  
Brigitte Kohl  
Telefon: 04305 / 992 995, Fax 04305 / 992 993  
E-Mail: [bk@mitmagazin.com](mailto:bk@mitmagazin.com)

## Anzeigenverkauf

Nielsen II, V, VII  
Verlagsvertretung Getz,  
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09  
Nielsen III a, III b, IV  
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,  
Telefon: 06261 / 92 340, Fax 06261 / 92 34 20  
Nielsen I, VI  
MSM Medienservice Meins,  
Telefon: 04102 / 3 15 78, Fax 04102 / 3 15 38  
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. 1. 2008

## Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel  
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66  
E-Mail: [wk@mitmagazin.com](mailto:wk@mitmagazin.com)

## Druck

Evers-Druck GmbH  
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

## Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich. Der Jahresbezugspreis beträgt 40,- € incl. 7 % Mehrwertsteuer.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich.

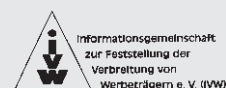
Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadenersatz.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Gewähr. Von Rückfragen bitten wir abzusehen.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt: GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



IVW geprüft

# Im Herzen des deutschen Weinbaus

Flusskreuzfahrt auf Rhein, Main und Mosel  
mit der A-ROSA AQUA vom 26.9. bis 3.10.2009

Köln · Cochem · Traben-Trarbach · Koblenz · Mainz · Frankfurt · Rudesheim · Bingen · Boppard · Köln

Begleitung durch ein  
**Kaffee  
oder Tee**®-Team

Das leuchtende Weinlaub der Weinberge begleitet Sie, wenn Sie mit der A-ROSA AQUA auf den verschlungenen Wasserwegen von Rhein, Main und Mosel dahingleiten. Die heiterbeschwingte Lebensart in den berühmten Weinanbaugebieten lässt sich nirgends besser verstehen, als auf einer Reise vorbei an romantischen Städtchen mit reizvollen Fachwerkhäusern, an Burgen und Schlössern, die den Reisenden von ihrer majestätischen Höhe herab grüßen.

Auf dieser besonderen Flusskreuzfahrt begleitet Sie ein Fernsighteam der beliebten Unterhaltungssendung „Kaffee oder Tee?“ des SWR. Die bekannten Gesichter aus der täglichen Ratgebersehung informieren Sie auch an Bord zu den Themen Hobby, Reisen, Haus und Garten oder Kochen.

## Eingeschlossene Leistungen

- Bahnfahrt 2. Klasse von allen deutschen Bahnhöfen nach Köln und zurück inklusive Sitzplatzreservierung
- Bustransfer vom Bahnhof zum Schiff und zurück für bestimmte Züge
- Flussreise in der gebuchten Kabinenkategorie
- Hafengebühren
- Vollpension an Bord
- Mineralwasser zu den Hauptmahlzeiten
- Nutzung der Bordeinrichtungen (SPA, Sauna)
- Unterhaltungsprogramme an Bord
- Exklusiver Ausflug zum Gelände der Landesgartenschau in Bingen
- Begleitung durch ein „Kaffee oder Tee?“-Team
- Ausgewähltes „Kaffee oder Tee?“-Programm
- TUI LT Special Tours-Reiseleitung
- Insolvenzversicherung



Reisepreis pro Person ab

**€ 999,-**

(Außenkabine, Kat. S)

Gerne senden wir Ihnen kostenlos und unverbindlich unseren ausführlichen Prospekt zu.  
Rufen Sie noch heute an! Ihre Leserreisen-Hotline: 04 21 - 322 68 80  
Montag bis Freitag von 8.00 bis 20.00 Uhr und Samstag von 8.00 bis 14.00 Uhr

 **TUI Leisure Travel Special Tours**

Wachtstraße 17-24, 28195 Bremen

Fax 04 21 - 3 22 68 38



**GELD DRUCKEN?**

**50%**

**WENIGER DRUCKKOSTEN**

**MIT DEM  
HP OFFICEJET PRO**

**GEGENÜBER LASERDRUCKERN.**

Die neuen HP Officejet Pros liefern professionelle Farbdrucke für bis zu **50% geringere Kosten pro Seite** und **50% weniger Energie** verglichen mit Laserdruckern.

Mehr dazu unter [hp.com/de/mybusiness/50prozent](http://hp.com/de/mybusiness/50prozent)

hit **PRINT**  
AFFORDABLY

